

Dirk Lange, Holger Onken und Tobias Korn

# Politikunterricht im Fokus

Politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen

Empirische Studie

**FRIEDRICH  
EBERT**  
**STIFTUNG**

Forum Politik  
und Gesellschaft



The background features a grid of stylized, pixelated faces with various expressions (neutral, smiling, sad) and speech bubbles. The faces are arranged in a regular pattern, while the speech bubbles are scattered, some containing text or symbols. The overall style is minimalist and modern.

# Politikunterricht im Fokus

Politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen

Empirische Studie

## **Impressum**

ISBN 978-3-86498-585-0

### **Herausgeberin**

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Forum Politik und Gesellschaft  
Hiroshimastraße 17  
10785 Berlin

### **Autoren**

Prof. Dr. Dirk Lange  
Dr. Holger Onken  
Tobias Korn

### **Redaktion**

Susan Javad, Friedrich-Ebert-Stiftung  
Sarah Vespermann, Friedrich-Ebert-Stiftung

### **Redaktionelle Betreuung**

Inge Voß, Friedrich-Ebert-Stiftung

### **Fotos**

Jens Schicke

### **Gestaltung**

Meintrup, Grafik-Design

### **Druck**

Druckerei Brandt, Bonn

Gedruckt auf RecyStar Polar, 100 % Recyclingpapier,  
ausgezeichnet mit dem blauen Umweltengel.

© Friedrich-Ebert-Stiftung,  
Forum Politik und Gesellschaft

Juni 2013

# Inhalt

	Vorwort	5
	Zusammenfassung	7
<b>1</b>	Einleitung	9
<b>2</b>	Theoretischer Hintergrund	13
	<b>2.1</b> Politische Partizipation in demokratischen Gesellschaften	14
	<b>2.2</b> Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation	17
	<b>2.3</b> Politische Sozialisation	19
<b>3</b>	Konzeptionelle Vorüberlegungen und Hypothesen	21
	<b>3.1</b> Aussagekraft der Stichprobe und Gestaltung des Fragebogens	22
	<b>3.2</b> Kontext und Hypothesen	26
	<b>3.3</b> Soziale Herkunft und Bildungsabsichten	28
<b>4</b>	Operationalisierung: Politische Partizipation	31
<b>5</b>	Empirische Analyse	35
	<b>5.1</b> Bereitschaft zur politischen Partizipation (individueller Indikator zur politischen Partizipation)	36
	<b>5.2</b> Bestimmungsfaktoren für ein politisches und gesellschaftliches Engagement Jugendlicher	46
	<b>5.3</b> Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung	51
<b>6</b>	Schlussfolgerungen	57
	Literatur	61
	Anhang	64
	I) Fragebogen	64
	II) Anlage des Fragebogens	70
	Abbildungen und Tabellen	71



## Vorwort

Politische Bildung an Schulen ist in den letzten Jahren zunehmend unter Druck geraten. Die Verkürzung der Schulzeit (G8) führt zu einem dichteren Lehrplan, lässt Politik- und Sozialkundeunterricht häufig in der Praxis zu kurz kommen.

Gleichzeitig wird in Deutschland seit langer Zeit die sinkende Wahlbeteiligung, ein zunehmendes Maß an Politik- und Parteienverdrossenheit sowie ein mangelndes Verständnis für grundlegende politische Zusammenhänge unter Jugendlichen beklagt. Vor allem junge Menschen mit einem nicht-akademischen Familienhintergrund oder aus prekären sozialen Verhältnissen werden oft mit dem Phänomen Politikdistanz in Verbindung gebracht.

Woran liegt das? Welche Rolle spielt dabei die politische Bildung? Und welche Bedeutung hat der Politikunterricht in der Schule?

Prof. Dr. Dirk Lange, Dr. Holger Onken und Tobias Korn gehen dieser Frage in der vorliegenden empirischen Untersuchung nach. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen einem quantitativ hohen und qualitativ hochwertigen Politikunterricht und dem politischen Verständnis, Interesse und Engagement von Jugendlichen gibt. Die Ergebnisse zeigen deutlich, wie wichtig Politikunterricht gerade für diejenigen Schüler\_innen ist, die im Elternhaus und sozialem Umfeld nicht an Politik herangeführt werden (können). Die Untersuchung knüpft an Ergebnisse anderer Untersuchungen zum Verhältnis von Schulbildung und sozialer Chancengleichheit an. Eine Gesellschaft, die allen Jugendlichen den Zugang zur Politik ermöglichen möchte, muss sich für die Vermittlung von politischem Grundwissen in der Schule einsetzen und qualitativ hochwertigen Politikunterricht gewährleisten.

Dass es nicht die Jugendlichen selbst sind, denen man die Verantwortung für ein mangelndes Interesse zuschreiben kann, bestätigen viele Studien, die auf ein Interesse und Verantwortungsgefühl – aber auch hohe Frustrationserlebnisse – bei Jugendlichen hinweisen (vgl. „Sprichst Du Politik?“, FES 2010). Dass der Mangel an Politikunterricht auch von Schüler\_innen selbst wahrgenommen wird, zeigt eine Schülerinitiative („Politik als Schulfach“) in Berlin, die sich für mehr Politikunterricht (separate Benotung, mehr Stunden,

eigenständiges Fach) mit viel Elan und Weitblick einsetzt und Kontakt zu Politik und Verwaltung aufgenommen hat.

Eine im Juni 2013 veröffentlichte Studie (Bertelsmann/Allensbach) verdeutlicht zudem, dass gerade Angehörige einkommens- und bildungs-schwacher Schichten in der Regel weniger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Die Wahlbeteiligung sinkt seit vielen Jahren, bei Angehörigen der so genannten unteren Schichten liegt sie heute bei lediglich rund 30 % (sonst bei rund 70 %). In einer lebendigen Demokratie darf politisches Engagement und Wahlbeteiligung nicht vom sozialen Status der Bürger\_innen abhängig sein. Politikunterricht in der Schule kann ein wirksames Mittel gegen die sich verfestigende soziale Spaltung der Demokratie sein.

Politische Bildung ist eines der Kernanliegen der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Wir verstehen politische Bildung als Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und als essenziellen Bestandteil einer Entwicklung zum/zur mündigen Bürger\_in. Schule und gesellschaftliche Einrichtungen müssen in diesem Rahmen eng zusammenarbeiten und sich mit ihren Programmen ergänzen.

Diese Studie liefert einen Beitrag zur Debatte über den Stellenwert des Politikunterrichts im Curriculum. Wir wünschen uns, dass sie damit zu einer Aufwertung der schulischen politischen Bildung beiträgt. Schule als Lernort für Demokratie scheint noch immer ein fernes Ziel – fest etablierter Politikunterricht ist ein erster Schritt auf dem Weg dahin.

Bettina Luise Rürup,  
Sarah Vespermann

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Forum Politik und Gesellschaft

## Zusammenfassung

Ziel der Studie ist es, Antworten auf zwei Fragen zu finden: Welchen Einfluss übt der Politikunterricht im Kontext mit anderen Faktoren des sozialen Hintergrundes auf die Bereitschaft junger Menschen aus, sich in gesellschaftliche und politische Prozesse einzubringen? Bei welchen Gruppen besteht Bedarf für zusätzliche politische Bildung, um die Partizipationsbereitschaft zu steigern?

Im Zentrum der Untersuchung steht eine Umfrage unter 1153 Schüler\_innen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren. Die Ergebnisse zeigen, dass der soziale Hintergrund des Elternhauses einen hohen Einfluss auf die politische Partizipation Jugendlicher ausübt. Ein höherer sozioökonomischer Status führt dazu, dass eine Beteiligung der Jugendlichen wahrscheinlicher wird. Das gilt für die Teilnahme an Wahlen und das persönliche gesellschaftliche bzw. politische Engagement. Auch die Wertschätzung politischer und gesellschaftlicher Partizipation und die Bereitschaft, sich in Zukunft zu engagieren, steigen mit einer besseren Einkommenssituation und einem höheren formalen Bildungshintergrund des Elternhauses an. Schicht- und statusbezogene Faktoren des Elternhauses allein sind für eine Erklärung des Partizipationsverhaltens jedoch nicht hinreichend. Diese sind vielmehr anderen Faktoren vorgelagert, die einen direkten Einfluss darauf haben, ob es zu einer politischen oder gesellschaftlichen Beteiligung kommt. Insbesondere entscheidet der Status des Elternhauses darüber, welche Schulform ein\_e Jugendliche\_r besucht und welche Bildungsziele verfolgt werden. Junge Menschen, die einen akademischen Abschluss anstreben, sehen politische und gesellschaftliche Partizipation deutlich positiver als andere. Die Ergebnisse untermauern, dass sich Angehörige dieser Gruppe häufiger in einem sozialen Umfeld bewegen, in dem politische und gesellschaftliche Fragen offen diskutiert werden, was die Partizipationsbereitschaft ebenfalls positiv beeinflusst.

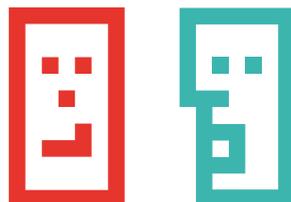
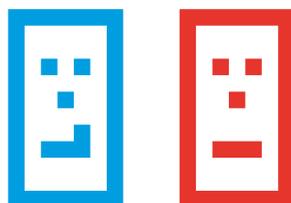
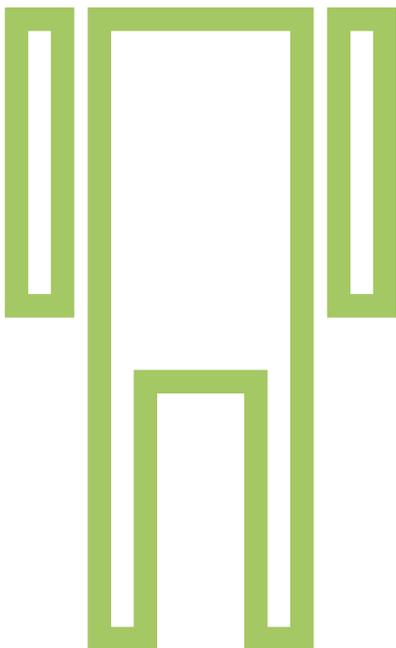
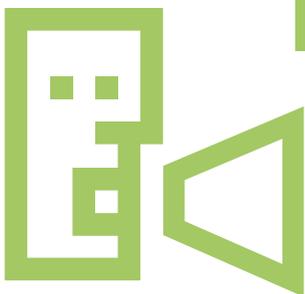
Zudem konnte gezeigt werden, dass der Politikunterricht die gesellschaftliche und politische Beteiligung steigern kann. Dabei ergeben sich gruppenspezifisch erhebliche Unterschiede. Die Wirkung des Politikunterrichts für Schüler\_innen, die einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss anstreben, liegt offenbar darin, die Kenntnisse und Kompetenzen über den Lebensbereich „Politik“ zu vertiefen. Impulse für eine politische oder gesellschaftliche Beteiligung kommen häufig aus dem familiären und weiteren privaten Um-

feld. Für Jugendliche, die keinen akademischen Abschluss anstreben, ist der Politikunterricht dagegen oftmals der einzige Ort, an dem sie sich aktiv mit politischen Fragen auseinandersetzen. Handlungsbedarf für die Politische Bildung zur Steigerung der Bereitschaft, sich an politischen Prozessen und am zivilgesellschaftlichen Leben zu beteiligen, besteht also insbesondere in Schulformen und Ausbildungsgängen, die zu formal mittleren und unterdurchschnittlichen Abschlüssen führen.

# 1

## Einleitung

Einleitung



Demokratische Gemeinwesen sind darauf angewiesen, dass ihre Bürger\_innen ein Mindestmaß an Bereitschaft entwickeln, sich aktiv in das politische System einzubringen. Eine hohe Beteiligung bei Wahlen und Abstimmungen, ein hohes Engagement in Verbänden und Parteien setzen voraus, dass die Bürger\_innen politischen Ereignissen und Diskursen ein gewisses Maß an Aufmerksamkeit schenken. Das Gemeinwesen selbst kann über das Angebot an politischer Bildung wichtige Impulse für eine entsprechende politische Aktivierung geben (Scherb 2011; Lösch 2011; vgl. verschiedene Beiträge in Widmaier & Nonnenmacher 2011). Als Zielgruppe für solche Impulse durch Bildungsprozesse müssen insbesondere die Auswirkungen politischer Bildung auf Schüler\_innen analysiert werden. In dieser Lebensphase wird Politik erstmals als substantieller Bestandteil der sozialen Umwelt wahrgenommen. Durch Prozesse der politischen Sozialisation finden bedeutende Weichenstellungen statt (vgl. Reinders 2001, S. 17; vgl. unten Abschnitt 2.3), die die politische Einstellungen und das Partizipationsverhalten für den weiteren Lebenslauf maßgeblich bestimmen. Die politische Mündigkeit der Bürger\_innen gilt als ein wichtiges normatives Ziel der politischen Bildung (vgl. Fend 2005). Demnach ist innerhalb des gesamten politischen Systems ein hohes Maß an politischer Partizipation, die mit politischer Mündigkeit einhergeht, wünschenswert.

Die Intensität, mit der sich ein Individuum mit politischen Fragen auseinandersetzt, ist naturgemäß von Beginn an sehr unterschiedlich ausgeprägt (vgl. Schmid 2004, S. 157), da das jeweilige familiäre Umfeld verschiedene Voraussetzungen dafür schafft. Die Effekte der politischen Bildung auf die politische Partizipation von Schüler\_innen sollten demnach nicht in erster Linie generalisiert betrachtet werden, vielmehr sollte die gruppenspezifische Wirkung im Zentrum der Analyse stehen. Hintergrund dieser Überlegung ist, dass vergleichbare individuelle Sozialisationsbedingungen zu ähnlichen Voraussetzungen führen, an die die politische Bildung anknüpfen kann. Auf diese Weise können die Effekte politischer Bildung auf das Partizipationsverhalten genauer ermittelt werden. Weiterhin besteht mit dieser Herangehensweise die Möglichkeit, einen möglichen zusätzlichen Bedarf an politischer Bildung gruppenspezifisch festzustellen. Sofern die politische Bildung eine aktivierende Komponente enthält, scheint ein solcher Ansatz insbesondere im Sinne einer repräsentativen Demokratie wünschenswert. Damit stellt sich auch die Frage, inwiefern die Entscheidungsträger\_innen innerhalb des politischen Systems daran interessiert sind, dass sich Bürger\_innen aus *allen* Gruppen aktiv und wirksam in politische Prozesse einbringen, bzw. welchen Stellenwert ein solches bürgerschaftliches Engagement in den Augen gesellschaftlicher

und politischer Eliten einnimmt. In politikwissenschaftlichen Diskussionen wird unterstellt, dass ein Teil der Entscheidungsträger\_innen spezifischen Ausprägungen eines solchen Engagements ablehnend gegenübersteht bzw. bestimmte Gruppen aus dem politischen Prozess heraushalten will (Crouch 2008). Es wird gar beklagt, dass eine „Engagementpolitik“ betrieben wird, die „sich für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements zuständig erklärt und diese Förderung in Förderprogramme gießt [auf diese Weise, so der Verdacht] wird die Illusion einer konfliktfreien und belastbaren Sphäre des gemeinwohlorientierten Engagements genährt [...]“ (Haus 2011, S. 18). Damit würde eine „Entpolitisierung“ der Gesellschaft gefördert.

Es geht also auch darum, ob die Inhalte, die im Politikunterricht vermittelt werden, über reines politisches Wissen hinausgehen, ob jungen Menschen ein Problembewusstsein und ein Urteilsvermögen vermittelt werden, die ein Engagement wahrscheinlicher machen – im Bewusstsein, dass eine demokratische pluralistische Gesellschaft ohne politische Konflikte nicht denkbar ist.

Im Zentrum dieser Analyse steht eine quantitative Umfrage unter Schüler\_innen und ihren Politiklehrer\_innen (vgl. Kapitel 5 und Abschnitt 3.3). Die Erhebung zielt darauf ab herauszuarbeiten, worauf die unterschiedlich ausgeprägte Bereitschaft junger Menschen, sich in politische Prozesse einzubringen, beruht und inwiefern die mangelnde Bereitschaft zur politischen Partizipation durch politische Bildung beeinflusst werden kann bzw. an welchen Stellen Bedarf für entsprechende Impulse durch Bildung besteht.

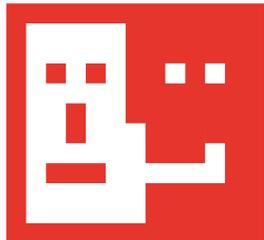
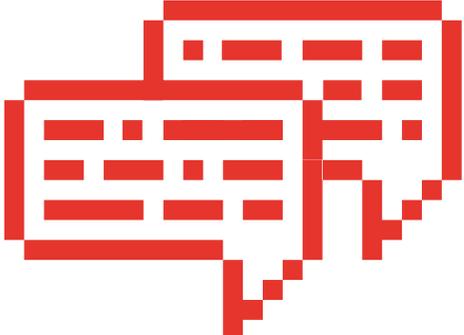
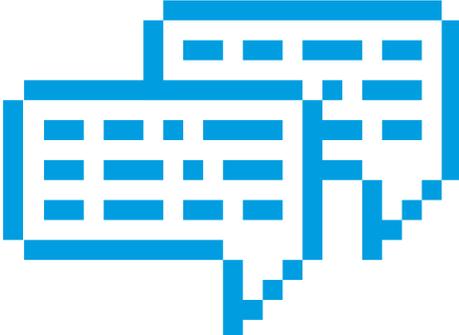
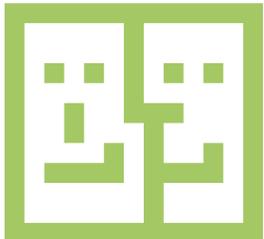
Zunächst werden nachfolgend die zentralen Formen politischer Partizipation und ihre Bedeutung für demokratische politische Systeme aufgezeigt (Kapitel 2). In Kapitel 3 wird die Erhebung vorgestellt. Hier wird vorbereitend, im Hinblick auf die empirische Analyse (Kapitel 5) untersucht, wie sich die soziale Herkunft auf die Bildungsabsichten auswirkt. Anschließend werden grundlegende Operationalisierungen erläutert (Kapitel 4). Die Untersuchung schließt mit einem Fazit (Kapitel 6).



Open space: Wie wollen wir Politik lernen? 2. Mai 2012, Friedrich-Ebert-Stiftung

# 2

## Theoretischer Hintergrund



Zunächst werden die beiden wichtigsten Formen politischer Partizipation dargestellt und in diesem Zusammenhang die Bedeutung und die Funktionen politischer Beteiligung für demokratische politische Systeme aufgezeigt. Es folgt eine Darstellung theoretischer Modelle, welche die Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation(sbereitschaft) systematisieren und Partizipationsverhalten erklären können. Dabei richtet sich die Aufmerksamkeit insbesondere auf die Bedeutung der Lebensphase „Jugend“, da in dieser Phase maßgebliche Sozialisationsprozesse stattfinden, die die Bereitschaft einer Partizipation im gesamten Lebenslauf beeinflussen (vgl. Hopf & Hopf 1997, S. 7), eingeschlossen die Sozialisation durch das persönliche Umfeld, insbesondere durch die Familie sowie die politische Bildung.

## 2.1

### Politische Partizipation in demokratischen Gesellschaften

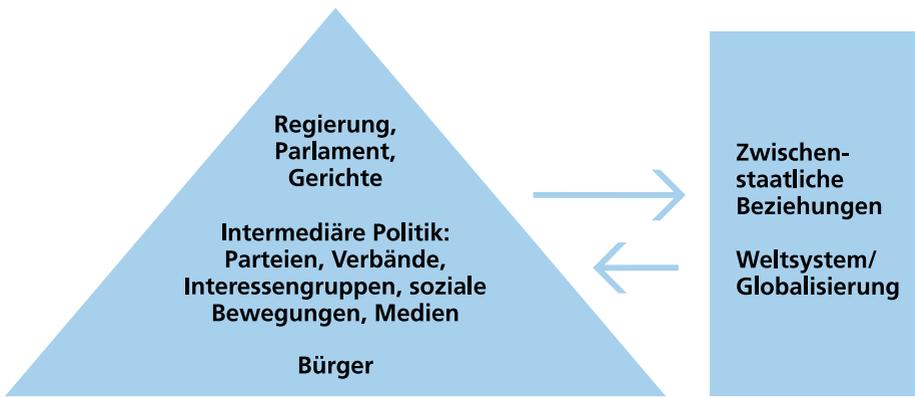
Politische Partizipation in demokratischen politischen Systemen kann zunächst grob in zwei unterschiedliche Beteiligungsformen differenziert werden. Die einfachste und am häufigsten genannte Form der Partizipation ist die Teilnahme an Wahlen. Der Aufwand für eine Stimmabgabe fällt für die Bürger\_innen vergleichsweise gering aus, insbesondere in Deutschland, wo der Aufruf zu einer Beteiligung durch die Wahlbenachrichtigung quasi amtlich erfolgt und eine Registrierung als Wähler\_in nicht erforderlich ist. Eine Teilnahme an Wahlen wird in der Regel als Zustimmung zum politischen System als Ganzes interpretiert, eine hohe Wahlbeteiligung gilt als Ausdruck einer hohen Legitimität der Herrschaftsverhältnisse. Diese Interpretation ist freilich abhängig von der Wahl von Parteien, die als systemtragend angesehen werden (vgl. Schäfer 2011, S. 145). Eine Wahlenthaltung und die Stimmenabgabe für Protestparteien und Anti-System-Parteien werden dagegen häufig als Ablehnung des gesamten politischen Systems gedeutet, zuweilen auch als vorübergehender Protest, um die etablierten Parteien zu einer politischen Kurskorrektur zu drängen.

Wahlen erfüllen in Demokratien unverzichtbare Funktionen, um die Legitimität des politischen Systems herzustellen und zu erneuern. Diese Funktionen werden nachfolgend nach Nohlen (2009, S. 32f.) zusammengefasst.

- Durch Wahlen wird Vertrauen in die Gewählten artikuliert,
- durch sie erfolgt die Bildung einer funktionsfähigen Repräsentation und
- durch Wahlen wird eine Kontrolle über Regierungen ausgeübt.

Die zweite maßgebliche Form der politischen Partizipation ist die aktive Mitgestaltung gesellschaftlicher und politischer Prozesse in zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationen. Insbesondere im Sinne eines maximalistischen Demokratieverständnisses einer Mitwirkungsdemokratie (vgl. Sartori 1992, S. 122f.) ist ein hohes Maß an Partizipation notwendig. Die Mitgliedschaft in entsprechenden zivilgesellschaftlichen und politischen (Interessen-)Organisationen kann einen unterschiedlichen Grad der Formalisierung erreichen – beispielsweise mit einer formalen Mitgliedschaft sowie festen Mitgliedsbeiträgen in Parteien und Gewerkschaften über soziales und kirchliches Engagement, mit weniger stark formalisierten Strukturen, bis zu einer mehr oder weniger spontanen Mitwirkung innerhalb kommunaler oder regionaler Bürgerinitiativen, die sich beispielsweise gegen bestimmte Verkehrsprojekte richten. Von einem Engagement kann gesprochen werden, wenn sich Bürger\_innen mit einem gewissen Maß an persönlichen Ressourcen, insbesondere mit der eigenen Freizeit, in gesellschaftliche Prozesse einbringen. Die Motivation, von der das mit einem gesellschaftlichen Engagement verbundene Handeln ausgeht, kann Interessengeleitet sein oder aus einer Gemeinwohlorientierung hervorgehen. Für eine funktionierende Demokratie ist ein Mindestmaß an Engagement notwendig (vgl. Easton 1965: 211f.). Abhängig von den Einzelheiten wird das Engagement durch die Bürger\_innen von den politischen und gesellschaftlichen Eliten (oder Teilen davon) als wünschenswert angesehen oder nicht. Dies ist auf unterschiedliche Vorstellungen darüber zurückzuführen, wie ein angemessenes Demokratiekonzept aussieht (vgl. Schmidt 1995, S. 168f.).

Das Bild der/des politisch selbstbestimmten und aktiven Staatsbürger\_in stellt zwar einen Wert an sich dar, letztlich sind beide Formen der Partizipation häufig auch Teil einer Kanalisierung gesellschaftlicher Interessen und ein Aspekt der Austragung von Konflikten innerhalb der Gesellschaft insgesamt und des politischen Systems im Besonderen. Parteien, Interessenverbände und



Quelle: Bernauer et. al., 2009, S. 35.

**ABB. 1** Intermediäres System des Staates

zivilgesellschaftliche Organisationen bilden ein intermediäres System zwischen der Gesellschaft und den staatlichen Organisationen (vgl. von Alemann & Wessels 1997). Sie übernehmen damit die Vermittlungsfunktion zwischen Bürger\_innen und Staat. Die Aufgaben der intermediären Organisationen (und damit der politischen Partizipation) schließen zudem die Konfliktaustragung, die Herausbildung gegenseitiger Akzeptanz der Legitimität unterschiedlicher Interessen ein. Politisches Engagement ist damit für die Funktionsweise und die Funktionalität eines pluralistischen demokratischen Gemeinwesens unabdingbar.

Die empirischen Befunde, wie es um die Bereitschaft junger Menschen für ein gesellschaftliches und politisches Engagement bestellt ist, werden unterschiedlich interpretiert. Insgesamt scheint sich jedoch eine Diskrepanz zwischen der Bereitschaft, sich aktiv politisch einzubringen, und der Erwartungshaltung gegenüber dem politischen System aufzutun. Die Demokratie wird von den meisten Jugendlichen als „beste“ Staatsform hoch geschätzt, obwohl es ein großes Maß an Unzufriedenheit mit der Umsetzung demokratischer Prozesse gibt. Die Bereitschaft unter jungen Menschen, persönlich etwas an der Umsetzung zu ändern, ist allerdings gering (vgl. Gille, Krüger & de Rijke 2000, S. 220 ff.).

Die Frage lautet demnach nicht nur, wie und an welcher Stelle die für die Bürger\_innen notwendigen Kompetenzen vermittelt werden, die zu einer politischen Beteiligung notwendig sind. Hinzu kommt die Frage nach der Motivation der Partizipation. Vor dem Hintergrund der Vielzahl von Faktoren,

die den Grad der Partizipation und Partizipationsbereitschaft beeinflussen, wurden vielfältige Bestimmungsfaktoren benannt. Dabei besteht keine Einigkeit darüber, welche Faktoren berücksichtigt werden sollen, wie diese zu gewichten sind und in welcher Wechselwirkung sie zueinander stehen.

Zunächst werden unterschiedliche Zugänge, die in der Literatur diskutiert werden, vorgestellt. Zudem wird der Versuch unternommen, das Zusammenwirken der Bestimmungsfaktoren systematisch darzustellen.

## 2.2

### Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation

Bei der Frage, welche Einflüsse die Bereitschaft einer politischen Beteiligung steigern und welche Faktoren ein Engagement oder eine Beteiligung an Wahlen wahrscheinlicher machen, werden aus sozialwissenschaftlicher Perspektive drei theoretische Ansätze herangezogen. Bei zwei dieser Ansätze ist die politische Sozialisation ausschlaggebend für die Partizipationsbereitschaft, die Haltung gegenüber dem politischen System und die politische Orientierung.<sup>1</sup> Neben den in den politikwissenschaftlichen und soziologischen Erklärungsmodellen genannten Hintergründen bildet die politische Bildung einen weiteren Faktor, der die Partizipationsbereitschaft erhöhen kann (zur Anordnung der Bestimmungsfaktoren, vgl. unten Kapitel 3.2, Abbildung 3).

Eine Basis für die individuelle politische Sozialisation ergeben die jeweiligen sozialstrukturellen Voraussetzungen. Soziologische Erklärungsansätze führen politisches Verhalten (einschließlich des Partizipationsverhaltens) direkt auf objektive sozialstrukturelle Hintergründe zurück. Verschiedene dieser Hintergründe, insbesondere der Bildungsstand und die Einkommens- und Vermögenssituation, bestimmen den sozioökonomischen Status bzw. eine Schichtzugehörigkeit. Empirische Studien sprechen für einen Zusammenhang zwischen einem hohen sozioökonomischen Status und einer hohen Bereitschaft zu einer

---

1 Die Grundlagen für die Modelle zur Analyse des Partizipationsverhaltens sind ursprünglich zur Erklärung des Wahlverhaltens beziehungsweise hinsichtlich der Affinität für bestimmte Parteien entwickelt worden. Das mikrosoziologische Modell (Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1944), das sozialpsychologische Modell (Campbell, Gurin & Miller 1954) und das ökonomische Modell (Downs 1957) sind jedoch auch für die Begründung verschiedener Formen politischen Engagements geeignet (vgl. Hardmeier 1995).

Partizipation auch bei Jugendlichen (vgl. Schneekloth 2010). Vor allem auf den Zusammenhang, dass ein hoher formaler Bildungsgrad die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung und einer aktiveren politischen Beteiligung steigert, wird verwiesen (vgl. Bürklin & Klein, 1998). Andererseits lag die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in den 1970er Jahren deutlich höher als heute (1972 und 1976 lag die Wahlbeteiligung bei jeweils über 90 %), zu einem Zeitpunkt als die Anzahl der Abiturient\_innen und Hochschulabsolvent\_innen deutlich geringer war als heute. Die beiden letzten Wahlen 2005 (77,7 %) und 2009 (70,8 %) waren dagegen die Bundestagswahlen mit der geringsten Wahlbeteiligung seit Bestehen der Bundesrepublik (vgl. Arzheimer 2006). Auch die Mitgliedschaft in Parteien und Gewerkschaften ist seit Jahrzehnten rückläufig (vgl. Klein, von Alemann & Spier 2011, S. 19; Bernauer et al. 2009, S. 295). Für Jugendliche gilt das in noch stärkerem Maße als bei Erwachsenen (vgl. Niedermayer 2006, S. 287). Bei rückläufigen Mitgliederzahlen ist zugleich von einer „Akademisierung“ der Parteien die Rede. Diese Umstände deuten darauf hin, dass der Zusammenhang zwischen dem sozialen Hintergrund (insbesondere hinsichtlich der Bildung) und einem politischen Engagement bzw. einer Teilnahme an Wahlen stärker wird. Als wichtigste Ursache für diese Entwicklungen werden der Rückgang von Parteibindungen und die Schwäche ehemals mit Parteien verbündeter Organisationen genannt (vgl. Dalton 2002).

Eine Weiterführung des soziologischen Modells bietet der sozialpsychologische Ansatz, der das Partizipationsverhalten indirekt auf soziale Faktoren zurückführt. Der Ansatz baut, wie das mikrosoziologische Modell, auf den sozialstrukturellen und politischen Erfahrungen des Individuums auf. Ein bedeutender Unterschied zum mikrosoziologischen Ansatz besteht darin, dass das Partizipationsverhalten nicht von den objektiven Umweltbedingungen der Individuen bestimmt wird, sondern davon abhängt, wie die Individuen diese Umweltbedingungen subjektiv wahrnehmen (vgl. Campbell, Gurin & Miller, 1954).

Der ökonomische Erklärungsansatz, der ebenfalls für die Erklärung des Partizipationsverhaltens anschlussfähig ist, geht auf Downs (1957) zurück. Nach der Logik dieses Modells stehen für eine politische Aktivität oder ein gesellschaftliches Engagement rationale Aspekte im Vordergrund. Im Kontext dieser Untersuchung heißt das: Insbesondere Überlegungen im Hinblick auf die eigene Karriere, beispielsweise das „Aufbessern“ des Lebenslaufs, würden für Jugendliche eine Motivation zu einem Engagement darstellen. Es geht also um die Zweckmäßigkeit einer politischen Partizipation. Diese Motive wurden von Hurrelmann und Albert (2002) als häufige Grundlage für das Verhalten

von Jugendlichen ausgemacht. Der ökonomische Ansatz könnte demnach an Erklärungsgehalt gewinnen.

Häufig wird der ökonomische Erklärungsansatz als Gegenpol zu den beiden zuvor genannten Modellen angesehen. Diese Einschätzung übersieht jedoch, dass die in ökonomischen Betrachtungen unterstellte Rationalität auch von dem sozialen Umfeld und den sozialisatorischen Erfahrungen, insbesondere bei jungen Menschen, abhängt. Insofern sollte das Modell als Ergänzung zu dem mikrosoziologischen und dem sozialpsychologischen Ansatz gesehen werden.

## 2.3

### Politische Sozialisation

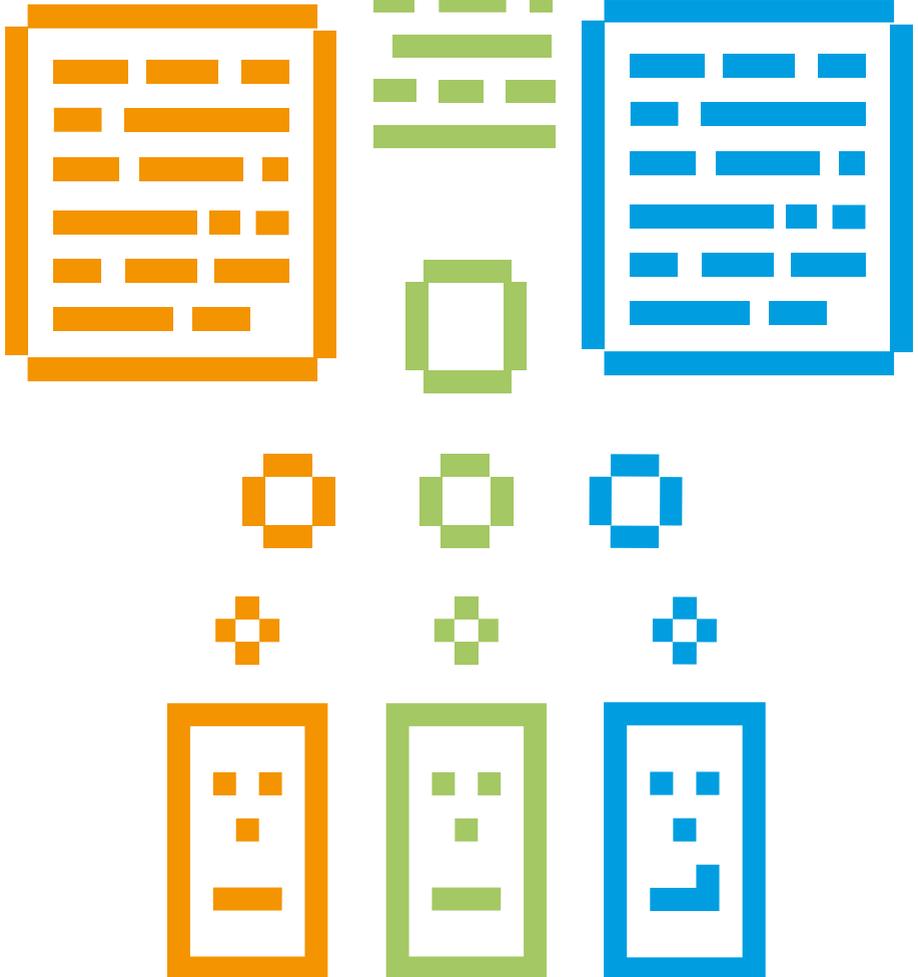
Die Sozialisation eines Individuums ist ein Prozess, in dessen Verlauf es Normen, Wertvorstellungen, Wahrnehmungsmuster und Verhaltensweisen internalisiert. Der gesamte soziale Kontext führt zu einer politischen Sozialisation, „einem Prozeß der Übertragung und Internalisierung von Normen und Einstellungen, (...) die das politische Verhalten beeinflussen...“ (Beck 1973, S. 25). Die Persönlichkeitsentwicklung wird dabei durch „eine produktive Auseinandersetzung mit den äußeren, sozialen und physischen Umweltbedingungen und zugleich den inneren, psychischen und körperlichen Vorgaben beeinflusst“ (Hurrelmann 2010, S. 7). Dieser Prozess ist mit einer Integration des Individuums in die Gesellschaft verbunden. Im Verlauf dieser Integration erwirbt die Person, sofern der Prozess der politischen Sozialisation erfolgreich verläuft, die Fähigkeit, aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken. Als Bestandteil der gesamten Sozialisation stellt die politische Sozialisation damit ebenfalls einen Prozess dar, der in die Herausbildung einer politisch urteils- und handlungsfähigen Person münden sollte. Dieser Prozess findet vor allem im Jugendalter statt (vgl. Reinders 2001, S. 17). In diesem Lebensabschnitt werden maßgebliche Dispositionen, die im Erwachsenenalter nur noch in deutlich eingeschränktem Umfang verändert werden (können), geprägt. Aus der politischen Sozialisation resultiert eine politische Identität, mit der mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit spezifische Handlungsdispositionen und bestimmte politische Einstellungen verbunden sind. Andere Dispositionen sind dagegen aufgrund derselben spezifischen Sozialisationsbedingungen weniger wahrscheinlich oder sogar ausgeschlossen.

Die Entwicklungsaufgaben, die mit der Sozialisation verbunden sind, finden in einem Umfeld statt, das aus einem Geflecht von Beziehungen und Institutionen besteht. Jugendliche sind dabei nicht auf sich gestellt. Die Familie, der Freundeskreis, die Medien und die Schule wirken in unterschiedlicher Weise – und mit unterschiedlichen Schnittmengen und Interdependenzen – aufeinander ein (vgl. Hörner, Drinck & Jobst 2010). Die Auffassungen, inwieweit Sozialisationsprozesse nach einem inneren, festgelegten Reifungsplan erfolgen oder ob diese in hohem Maße durch Umwelteinflüsse bestimmt werden und damit steuerbar sind und auch zufällige Ereignisse eine Rolle spielen, gehen dabei weit auseinander.

In den Überlegungen von Hurrelmann (2010, S. 64f.) spielen beide Aspekte eine Rolle. Demnach bilden die biologischen Voraussetzungen einen der Bausteine, die den sozialen Faktoren vorgelagert sind. Er verweist darauf, dass Jugendliche ihre Persönlichkeit in einem komplexen Wechselspiel zwischen den jeweils erworbenen persönlichen Voraussetzungen und der Umwelt entwickeln. Das gilt auch für die Herausbildung einer politischen Identität. Als wichtigste Sozialisationsinstanzen werden wiederum die Herkunftsfamilie, die Schule und weitere Ausbildungsstätten, Gleichaltrige sowie die Medien genannt. Unter bestimmten Voraussetzungen, insbesondere in kleineren Ortschaften, kommt die Nachbarschaft hinzu (vgl. Oswald & Uhlendorff 2008, S. 194). Das Ziel besteht in der Erzeugung einer politischen Mündigkeit. Schließlich ist die/der mündige Bürger\_in kein „Naturprodukt“ (vgl. Fend 2005, S. 388).

# 3

## Konzeptionelle Vorüberlegungen und Hypothesen



Nachfolgend werden zunächst einige wichtige Aspekte der Erhebung und Zusammensetzung der Stichprobe erläutert. In einem zweiten Schritt werden Annahmen über die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Kontextfaktoren (unabhängige und Kontextvariablen) und der Partizipation bzw. Partizipationsbereitschaft von Jugendlichen formuliert (abhängige Variablen). Diese Darstellungen in Abschnitt 3.2 bilden die Arbeitshypothesen, welche die empirische Analyse im folgenden Kapitel strukturieren.

## 3.1

### Aussagekraft der Stichprobe und Gestaltung des Fragebogens

Zum besseren Verständnis werden in diesem Abschnitt kurz die Zusammensetzung der Stichprobe und die Vorgehensweise bei der Erhebung erläutert. Zudem geht es nachfolgend um die Gestaltung des Fragebogens. Beides ist im Sinne der Transparenz dieser Studie unerlässlich.

Zwischen Mai und August 2012 wurden insgesamt 1248 Schüler\_innen schriftlich befragt. Die Durchführung erfolgte klassenweise unter Anleitung der/des jeweiligen Politiklehrer\_in. Eine anonyme Befragung wurde durch einen entsprechenden Leitfaden sichergestellt (vgl. Punkt II) im Anhang). Die Schüler\_innen verteilten sich auf insgesamt 75 Schulklassen, Kurse bzw. Seminare. Für jede dieser Einheiten hat die Lehrkraft in einem eigenen Fragebogen zusätzliche Angaben getroffen, sodass weitere Aspekte über die Lehrer\_innenausbildung und den Umfang des Politikunterrichts berücksichtigt werden konnten. Ein großer Teil der Fragebögen (ca. 1800 Stück, die sich auf 72 Klassen/Kurse verteilten) wurde im Mai 2012 auf dem Bundeskongress „Politische Bildung“, der gemeinsam von der Bundeszentrale für politische Bildung, der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung und dem Bundesausschuss Politische Bildung ausgerichtet wurde, an Politiklehrer\_innen und Fachbereichsleiter\_innen verteilt. Weitere 40 Klassen/Kurse mit etwa 800 Schüler\_innen wurden durch telefonische Anfragen und mithilfe persönlicher Kontakte erreicht. Insgesamt wurde mit 75 Klassen/Kursen, die an der Umfrage teilnahmen, eine Rücklaufquote von fast 67 % erzielt.

Aufgrund der Herangehensweise bei der Erhebung können wir nicht davon ausgehen, dass die einzelnen Bundesländer ihrer Bevölkerungsstärke entsprechend in der Stichprobe widerspiegeln.

Wir können also keinen Anspruch auf vollständige Repräsentativität erheben. Der Anspruch der Studie zielt darauf ab, welche Faktoren des sozialen Hintergrundes, insbesondere des Bildungshintergrundes, Einfluss darauf haben, ob Jugendliche Bereitschaft zeigen, sich in politische Prozesse einzubringen. Für entsprechende Analysen sind die vorliegenden Daten gut geeignet. Der Schwerpunkt liegt also darauf, gruppenspezifische Unterschiede innerhalb der Stichprobe herauszuarbeiten.

Der Fragebogen sollte zum einen so gestaltet sein, dass er für Schüler\_innen ab 15 Jahren verständlich ist. Dabei sollten zum anderen ein möglichst breites Spektrum an Informationen über die Faktoren, die das Partizipationsverhalten junger Menschen beeinflussen, und entsprechende Informationen über das Partizipationsverhalten selbst gewonnen werden.

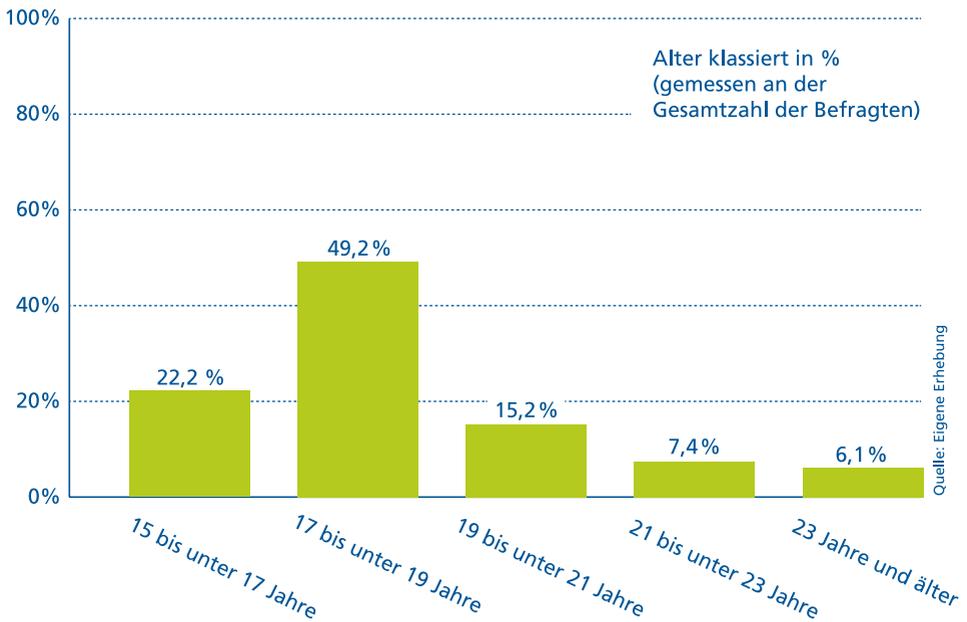
Bei der Vorgehensweise musste berücksichtigt werden, dass der zeitliche Umfang der Befragung nicht zu der Ablehnung einer Teilnahme an der Umfrage und damit zu einer geringen Rücklaufquote führte. Entsprechendes gilt auch für die Formulierungen der Fragestellungen.

Der Einleitungstext des Fragebogens sollte den Hinweis an die Schüler\_innen untermauern, dass es sich um eine wissenschaftliche Studie handelt, die an Zusammenhängen interessiert ist, für die eine Zuordnung der persönlichen Informationen nicht notwendig ist. Das heißt, den Befragten wurde verdeutlicht, dass ihre Anonymität gewahrt bleibt.

Einleitungstext des Fragebogens für die Schüler\_innen:

### **Fragebogen zum politischen Interesse**

Die Leibniz Universität Hannover führt eine kurze Befragung zum politischen Interesse von Schülerinnen und Schülern durch. Vielen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben, an unserer Untersuchung mitzuarbeiten. Wir bitten Sie, während des Ausfüllens des Fragebogens nicht mit Ihren Tischnachbarn über den Fragebogen zu sprechen. Nachdem Sie den Fragebogen ausgefüllt haben, legen sie diesen bitte in den bereitgestellten Umschlag. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass Ihre Antworten anonym bleiben.



**ABB. 2** Verteilung von Altersklassen innerhalb der Stichprobe

Aufgrund möglicher Verständnisprobleme mit dem Fragebogen wurden Schüler\_innen, die zum Zeitpunkt der Umfrage jünger als 15 Jahre waren, bei der Auswertung der meisten Fragen nicht berücksichtigt. Dadurch reduziert sich die Anzahl der Befragten, die berücksichtigt werden können, auf  $N=1153$ .

Das durchschnittliche Alter (arithm. Mittel) liegt bei  $\sim 18$  Jahren mit einer Standardabweichung von 2,94. Werden die Schüler\_innen unter 15 Jahren ausgeschlossen, steigt das Durchschnittsalter geringfügig auf  $\sim 18,2$  Jahre, die Standardabweichung fällt auf 2,87.

Ein Überblick über die Verteilung der Stichprobe auf ausgewählte Altersgruppen ist in **ABBILDUNG 2** dargestellt.

Von den Befragten, die zum Zeitpunkt der Umfrage 15 Jahre und älter waren, sind 540 (46,8%) Personen männlich und 608 (52,7%) weiblich. Fünf machten keine Angabe.

660 Befragte besuchten eine Gymnasiale Oberstufe (57,2%), 60 eine Berufsfachschule (5,2%), 308 eine Berufsschule (26,7%) und 110 Personen sons-

tige Schulformen (9,5 %), darunter die Mittelstufe an Gymnasien, sonstige fachorientierte Berufsschulen, Berufseinstiegsklassen und Berufskollegien.

Neben der zum Zeitpunkt der Befragung besuchten Schulform wurde erfragt, welcher Bildungsabschluss angestrebt wird. Die Verteilung sieht wie folgt aus:

- 295 (25,6 %) befinden sich momentan in einer Ausbildung
- 67 (5,8 %) streben ein FH-Studium an
- 43 (3,7 %) streben eine schulische Ausbildung an
- 106 (9,2 %) streben eine berufliche Ausbildung an
- 456 (39,5 %) streben ein Universitätsstudium an
- 20 (1,7 %) streben ein duales Studium an
- 18 (1,6 %) machten sonstige Angaben, darunter Bundeswehr-laufbahn, Abitur o. Ä.
- 72 gaben an, nicht zu wissen, welches Ausbildungsziel sie haben
- 76 Befragte machten keine Angabe

Aus dieser Zusammensetzung können zwei Gruppen hergeleitet werden, über die belastbare Aussagen getroffen werden können: 543 Befragte streben einen hohen bzw. akademischen Abschluss an (Universität, Fachhochschule, duales Studium); 444 Befragte streben dagegen einen mittleren, berufsqualifizierenden Abschluss an.

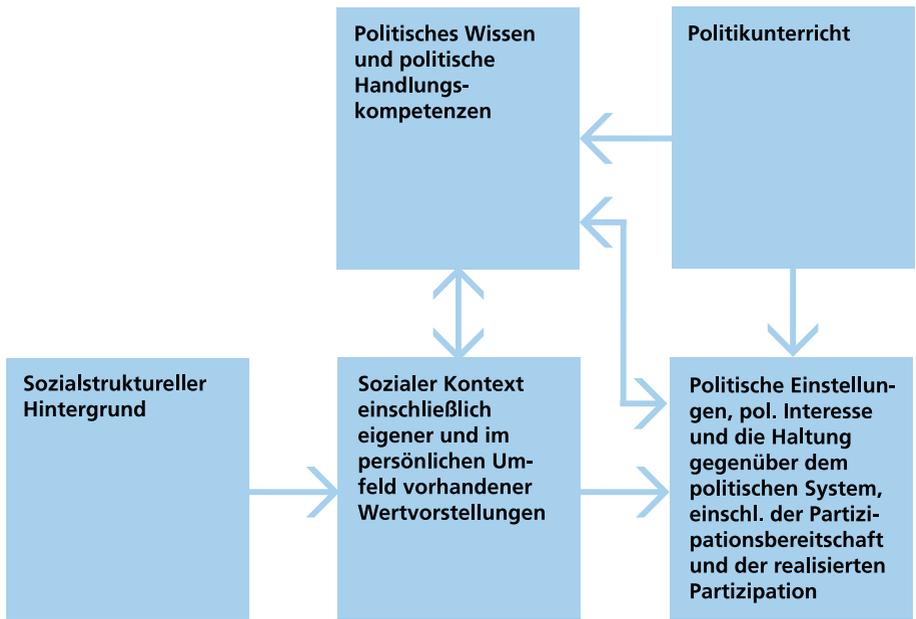
1028 der befragten Schüler\_innen (92,1 %) wurden von einer/einem Lehrer\_in unterrichtet, die/der ein politikdidaktisches Studium abgeschlossen hatte, bei 79 der Befragten (7,1 %) verfügte die/der Lehrer\_in zum Zeitpunkt der Befragung über keine abgeschlossene politikdidaktische Ausbildung. Der Umfang des Politikunterrichts lag bei ~2,24 Stunden mit einer Standardabweichung von 1,1. In 59 % der Fälle beurteilten die Lehrer\_innen den Umfang des Politikunterrichts als zu gering. 41 % bewerteten den zeitlichen Umfang dagegen als angemessen.

## 3.2

### Kontext und Hypothesen

In diesem Abschnitt werden aus der bisherigen Forschung bekannte Zusammenhänge formuliert. Einige davon sind als Arbeitshypothesen konzipiert, um die Untersuchung zu strukturieren. Wir untersuchen die Bereitschaft Jugendlicher zur politischen Partizipation und ihre tatsächliche Partizipation als abhängige Variable. Als unabhängige Variable werden verschiedene soziologische und sozialpsychologische Indikatoren operationalisiert. Diese werden zudem in einen Kontext mit der Bedeutung des Politikunterrichts gestellt. Dazu gehören die Einschätzung der Bedeutung des Politikunterrichts durch die Schüler\_innen, der Umfang des Unterrichts und die Ausbildung der Lehrkräfte. Die dafür erforderlichen Informationen wurden teilweise durch die Befragung der Lehrkräfte gewonnen. Hinzu kommen der sozialstrukturelle Hintergrund und Faktoren des sozialen Kontextes, der Familie und des Freundeskreises. Die Notwendigkeit für diese Vorgehensweise ergibt sich daraus, dass die Bedeutung des Politikunterrichts gruppenspezifisch variiert (vgl. Lange, Onken & Slopinski 2012, S. 178). Nach der bisherigen Darstellung ist deutlich geworden, dass das Angebot politischer Bildung an Schulen in einer Wechselwirkung mit einer Vielzahl von Faktoren steht, die als Voraussetzungen gesehen werden müssen, an die dieses Angebot anknüpft. Zu den Faktoren gehören das familiäre Umfeld und verschiedene Peer-Groups, die sich gegenseitig beeinflussen. Die Wertvorstellungen, die Jugendliche aufgrund des Zusammenwirkens dieser Faktoren verinnerlichen, bilden also die Grundlage, an die das Angebot politischer Bildung anknüpfen muss. Wegen der Unterschiedlichkeit der Voraussetzungen steht das Bildungsangebot vor gruppenspezifisch verschiedenen Herausforderungen.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem Wissen der Schüler\_innen über die Institutionen des politischen Systems auf der einen Seite und ihrer politischen Partizipationsbereitschaft auf der anderen Seite. Außer politischem Wissen, das im Politikunterricht vermittelt wird, können gezielt politische (Handlungs-)Kompetenzen vermittelt werden, die zu einer höheren Partizipationsbereitschaft führen. Demnach ist auch davon auszugehen, dass ein unmittelbarer positiver Zusammenhang zwischen einem individuell hoch ausgeprägten politischen Interesse und einer aktiven und passiven politischen Beteiligung besteht. Der gleiche Zusammenhang ist für das politische Wissen von Schüler\_innen zu erwarten. Weiterhin wird vermutet, dass Jugendliche,



**ABB. 3** Kausalmodell der Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation

die eine höhere Position in der sozialen Schichtung einnehmen, ein stärkeres politisches Interesse aufweisen. Es müssen also auch soziale Faktoren des Elternhauses der Schüler\_innen bei der Untersuchung berücksichtigt werden. Solche sozialstrukturellen Faktoren wirken indirekt, z. B. vermittelt über das politische Interesse, die Internalisierung von spezifischen Normen usw., auf die Bereitschaft Jugendlicher ein, sich in den politischen Prozess einzubringen (vgl. oben Abschnitt 2.2). Diese Erläuterungen verdeutlichen die hohe Komplexität der Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation und deren Zusammenwirken.

**ABBILDUNG 3** zeigt, wie die einzelnen Bestimmungsfaktoren miteinander verknüpft sind und in welche Richtung diese wirken.

Ein weiterer wichtiger Aspekt im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand liegt in der Vermutung, dass die Bedeutung des Politikunterrichts für die Partizipationsbereitschaft von Jugendlichen aus unteren sozialen Schichten größer ist als unter solchen aus höheren Schichten.

Eine Analyse dieser Annahmen erfolgt auch auf der Grundlage gruppen-spezifischer und individueller Merkmale der Schüler\_innen.

Da neben der tatsächlichen Partizipation das Potenzial für eine politische Beteiligung ermittelt werden soll, muss jedoch zunächst eine Operationalisierung erfolgen, wie dieses Potenzial gemessen werden kann. Dies geschieht in Kapitel 4.

## 3.3

### Soziale Herkunft und Bildungsabsichten

Es besteht ein erkennbarer Zusammenhang zwischen dem besuchten Bildungsgang, dem politischen Interesse und der Bereitschaft zur politischen Partizipation. Jugendliche, die eine formal höhere Schulform besuchen, interessieren sich stärker für Politik und engagieren sich häufiger als solche, die formal niedrigere Schulformen besuchen (vgl. Schneekloth 2010). Als Grund für diesen Zusammenhang wird die Komplexität politischer Prozesse genannt, die ein hohes Abstraktionsvermögen erfordert (vgl. Reinhardt & Tillmann 2002). Der familiäre Hintergrund wirkt sich wiederum auf die Wahl des Bildungsganges und die politische Partizipationsbereitschaft aus (vgl. Becker & Lauterbach 2010, S. 22f.). Um festzustellen, welche Faktoren die Bereitschaft junger Menschen beeinflussen und wie diese Faktoren aufeinander einwirken, untersuchen wir in diesem Abschnitt, wie sich der familiäre Hintergrund auf die Bildungskarrieren junger Menschen auswirkt. Dies geschieht auf der Basis der im Rahmen dieser Studie erhobenen Daten und dient der Vorbereitung der umfassenderen empirischen Analyse, die in Kapitel 5 vorgenommen wird.

Das zentrale Kriterium, das als abhängige Variable untersucht wird, ist die Studienabsicht. Innerhalb der Stichprobe konnten 987 Fälle berücksichtigt werden, 55 % davon strebten ein Studium an, 45 % eine berufliche Ausbildung, die kein Studium erfordert. Es wird gefragt, welche Faktoren des sozialen Hintergrundes die Studienabsicht (abhängige Variable) junger Menschen beeinflussen. Als unabhängige Variablen werden das Haushaltseinkommen des Elternhauses, der berufliche Hintergrund und die Verortung innerhalb einer sozialen Schicht herangezogen.

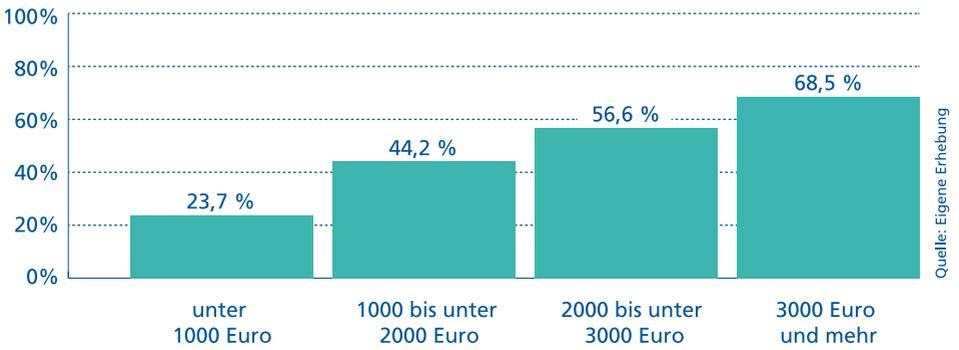


ABB. 4 Studienabsicht nach Einkommensklassen

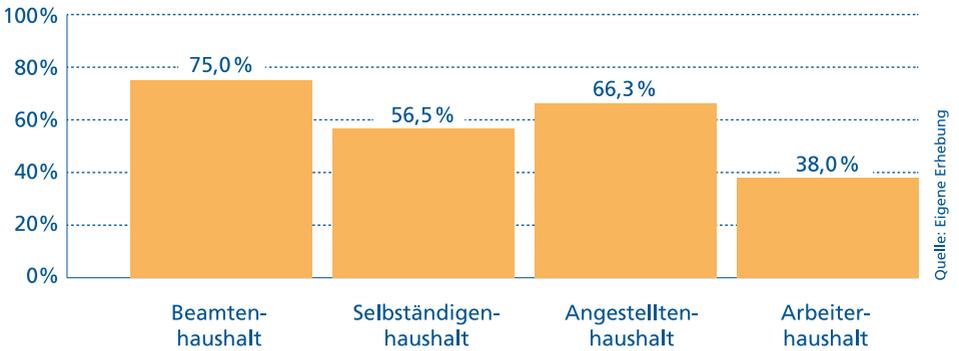


ABB. 5 Studienabsicht nach Haushaltsform

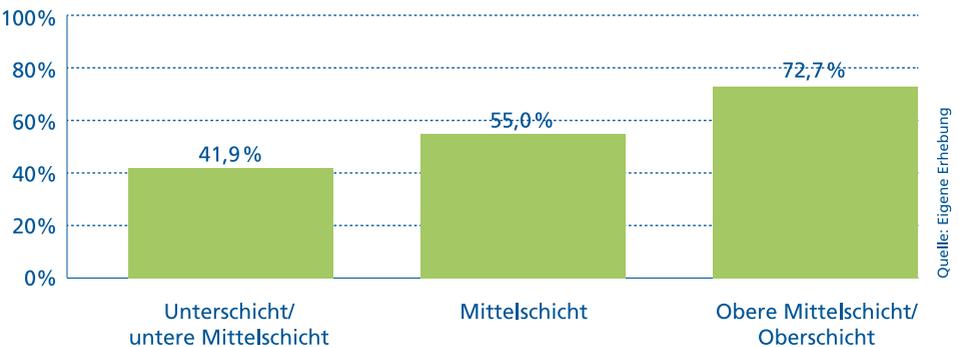


ABB. 6 Studienabsicht nach Schichtzugehörigkeit

Das Haushaltseinkommen wirkt sich deutlich darauf aus, ob ein Studium angestrebt wird. Jugendliche aus Haushalten mit einem hohen Einkommen streben sehr viel häufiger ein Studium an als solche aus Haushalten mit einem geringen Einkommen.

In der Einkommensklasse unter 1000 Euro planen weniger als ein Viertel der Befragten ein Studium aufzunehmen. In der Klasse mit dem höchsten Einkommen sind es dagegen 68 %.

Die beiden Gruppen der mittleren Einkommensklassen liegen hinsichtlich der Studienabsicht in der Mitte. Der Zusammenhang, dass ein höheres Haushaltseinkommen die Wahrscheinlichkeit der Aufnahme eines Studiums steigert, bleibt aber bestehen: In der Einkommensklasse von 1000 bis unter 2000 Euro wollen 44 % studieren, in der Klasse von 2000 bis unter 3000 Euro sind es 56,5 %.

Ein weiteres Kriterium, das sich auf die Studienabsicht auswirkt, ist der berufliche Hintergrund des Elternhauses.

Schüler\_innen aus Beamtenhaushalten planen am häufigsten ein Studium aufzunehmen (75 %), die Nachkommen aus Arbeiterhaushalten haben dies deutlich seltener vor (37,5 % von ihnen planen ein Studium). Bei Selbständigenhaushalten sind es 56,5 %, bei Angestelltenhaushalten 66,3 %.

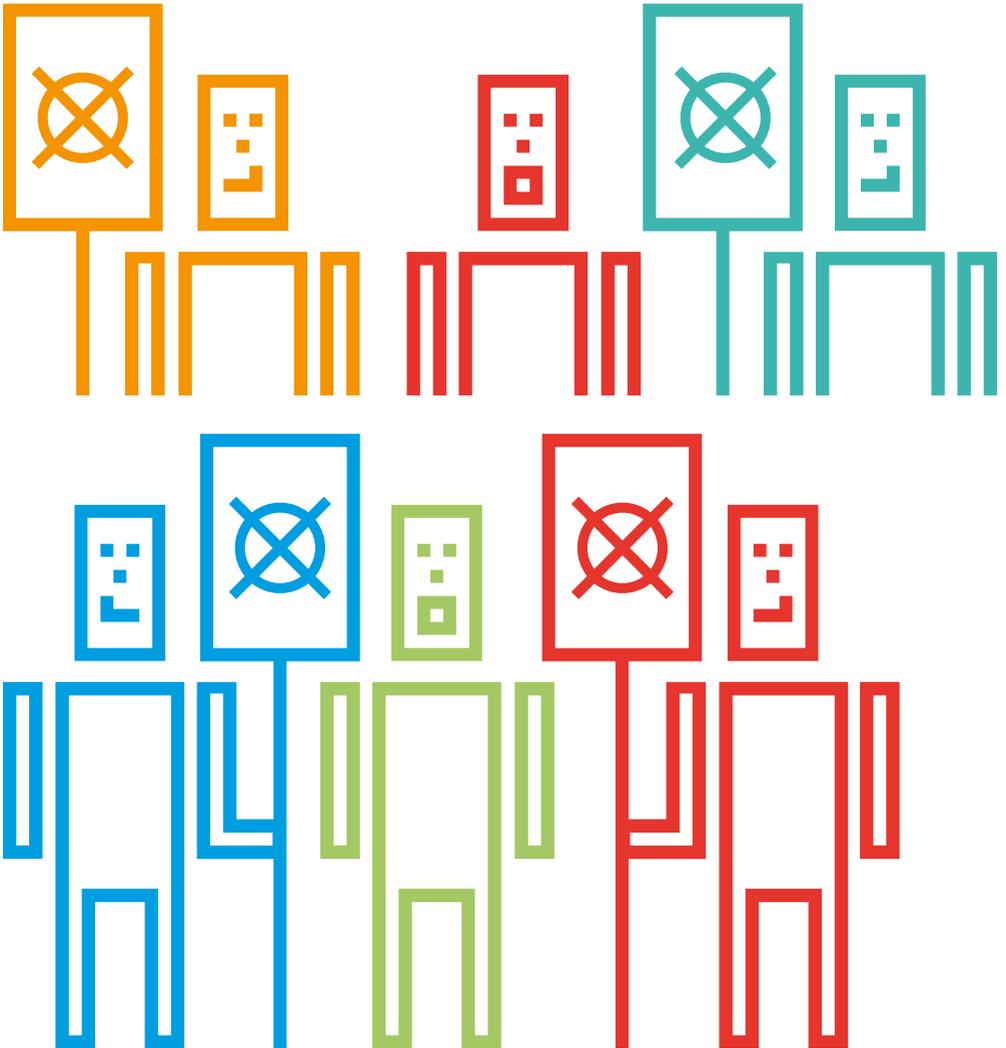
Der soziale Hintergrund des Elternhauses wirkt sich also erkennbar auf die Studienabsicht junger Menschen aus. Dies unterstreicht die Darstellung in

**ABBILDUNG 6** zusätzlich. Die Schüler\_innen waren aufgefordert, sich einer sozialen Schicht zuzuordnen. Diese geht mit der sozialen Situation des Elternhauses einher.

Der Zusammenhang ist deutlich: Je höher sich Jugendliche in der sozialen Schichtung verorten, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie ein Studium anstreben. Von denjenigen, die sich unterhalb der Mittelschicht verorten, streben nur etwas mehr als 40 % ein Studium an. Innerhalb der Gruppe, die ihren Status oberhalb der Mittelschicht vermutet, sind es dagegen fast 73 %.

4

## Operationalisierung: Politische Partizipation



Die Bereitschaft der Schüler\_innen, sich in politische Prozesse einzubringen, wird in einem Index verarbeitet, der auf *drei* skalierten Fragen beruht. Die Skala reicht jeweils von 1 (schwache Ausprägung) bis 5 (starke Ausprägung). Dieser Index wird als „*Individueller Indikator zur politischen Partizipation von Jugendlichen*“ bezeichnet [vgl. unten Anhang A (II)]. Eine erhöhte Bereitschaft zu einer Partizipation kann jeweils entweder direkt oder indirekt aus einer starken Ausprägung (d. h. die Skalenwerte 4 und 5) hergeleitet werden:

- Indirekt aus der Frage nach dem *allgemeinen politischen Interesse*, da ein deutlicher Zusammenhang zwischen einem hohen politischen Interesse und einer stärkeren Neigung, sich in politische Prozesse einzubringen, besteht<sup>2</sup>;
- direkt aus der Frage nach der *Bedeutung, die einer Teilnahme an Wahlen* zugesprochen wird
- und ebenfalls direkt aus der Frage nach dem *Grad der Bereitschaft, sich ehrenamtlich (zivilgesellschaftlich oder originär politisch) zu engagieren*.<sup>3</sup>

Bei den beiden letztgenannten Fragen zeigen ebenfalls die hohen Skalenwerte (4 und 5) eine starke Ausprägung an. Die jeweiligen Skalenwerte werden für den Index individuell addiert. Auf der erläuterten Grundlage erfolgt eine Gruppierung der Jugendlichen:

Addierte Indexwerte:

3–7 geringe Bereitschaft zur Partizipation

8–11 mittlere Bereitschaft zur Partizipation

12–15 hohe Bereitschaft zur Partizipation

---

2 Ein Mindestmaß an politischem Interesse bildet eine notwendige Voraussetzung dafür, dass politische Partizipation überhaupt stattfinden kann (vgl. Schneider 1995, S. 279).

3 Die Überprüfung der inhaltlich aufeinander abgestimmten Fragen durch ein statistisches Verfahren zeigt, dass die Skalierung konsistent wirkt. Cronbach's Alpha wird zur Überprüfung der internen Reliabilität (Gütekriterium) herangezogen. Cronbach's Alpha bewegt sich dabei zwischen 0 (keine Reliabilität) und 1 (perfekte Reliabilität). Die Meinungen in der Fachliteratur, wo die Grenze zwischen akzeptablen und inakzeptablen Werten zu ziehen ist, gehen auseinander. Der hier erreichte Wert von 0,695 zeugt jedoch von einem akzeptablen Zusammenhang der Items (vgl. Bryman. 2012: 170).

Bei der Indizierung konnten nur Befragte berücksichtigt werden, die alle Fragen beantwortet haben. Aufgrund dieser Vorgehensweise verringert sich die Fallzahl<sup>4</sup> auf N = 1073 mit folgender Verteilung:

203 Befragte (19 %) weisen eine geringe Bereitschaft zur Partizipation auf

558 (52 %) eine mittlere Bereitschaft

312 (29 %) eine hohe Bereitschaft

Bei der Betrachtung dieser Zahlen und der Analyse der unten dargestellten Tabellen müssen insbesondere zwei Aspekte berücksichtigt werden. Zum einen handelt es sich um einen Indikator, der auf der subjektiven Einschätzung der Befragten beruht. Die tatsächliche Bereitschaft könnte individuell unterschiedlich ausgeprägt sein.

Der zweite Aspekt betrifft die Verteilung innerhalb der drei Gruppen. Natürlich gibt es auch dort eine unterschiedlich ausgeprägte Beteiligungsbereitschaft. Die Wirkung der jeweiligen unabhängigen Variable ergibt also innerhalb einer der drei gebildeten Kategorien einen vergleichbaren Effekt wie zwischen den Kategorien. Das heißt beispielsweise, eine höhere Einschätzung des eigenen politischen Wissens geht mit einer höheren Bereitschaft zu einer politischen Partizipation einher: Ein ausgeprägtes politisches Wissen führt eher zu einem Indexwert 11, ein geringeres zu einem Wert von 8, beide fallen jedoch in die gleiche Kategorie. Die Bildung von mehr als drei Kategorien hätte aber der Übersichtlichkeit geschadet.

Neben dem Index wird das tatsächliche Engagement analysiert. Bei der direkten Nachfrage wurde aus Gründen der Verständlichkeit auf eine Unterscheidung von gesellschaftlichem und politischem Engagement verzichtet. Die dichotome Verteilung ergab, dass sich

- 251 der befragten Schüler\_innen (knapp 25 %) gesellschaftlich oder politisch engagieren,

---

<sup>4</sup> Das gilt natürlich nur für Analysen auf der Basis dieses Index. Für andere Betrachtungen gilt weiterhin: N = 1153. Die genaue Formulierung der genutzten Fragen findet sich im Anhang.

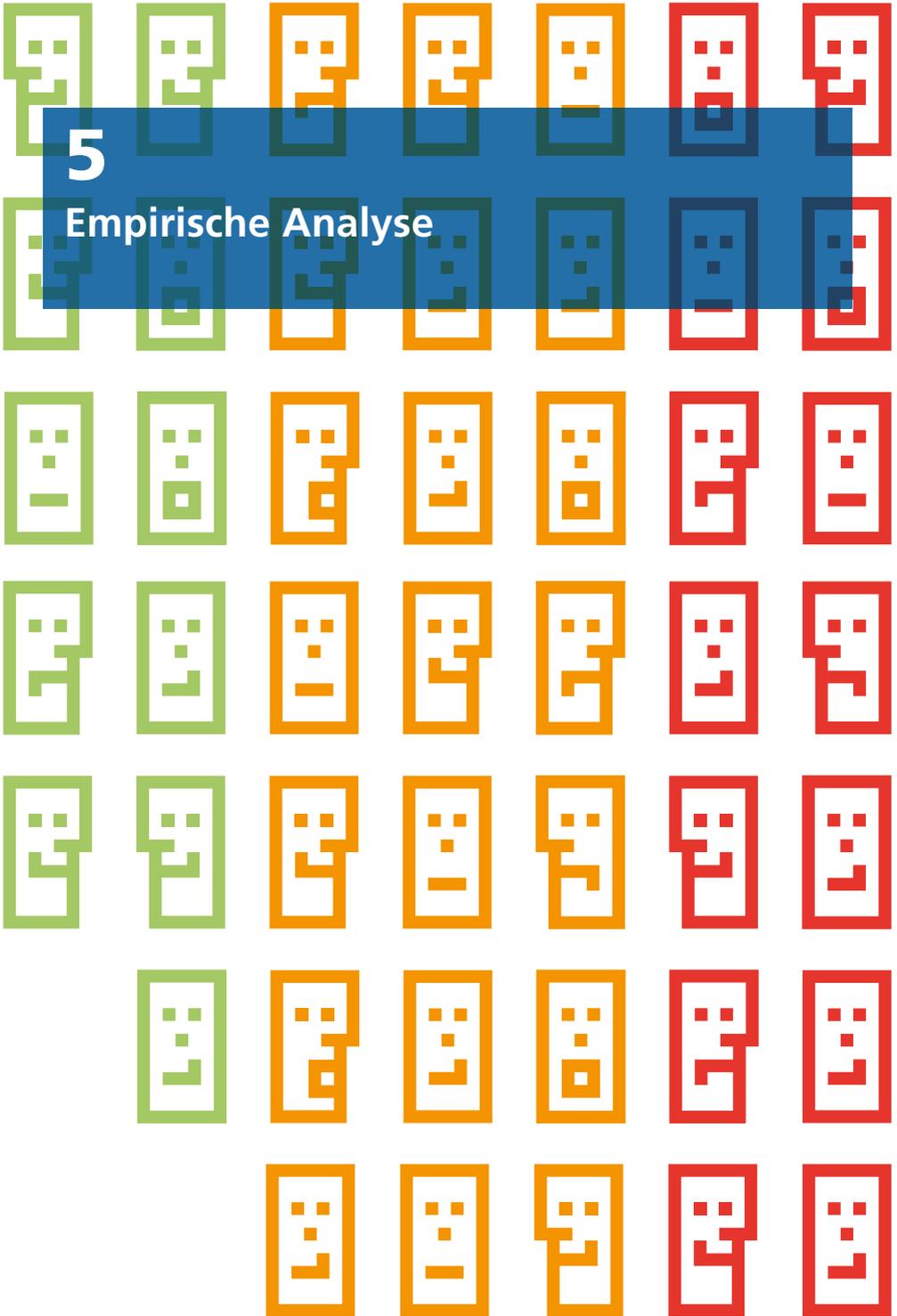
- 767 oder 75 % der Befragten gaben an, nicht gesellschaftlich oder politisch engagiert zu sein (geschlechterspezifische Unterschiede ließen sich hier nicht feststellen, die Fallzahlen sind in dieser Hinsicht nahezu ausgeglichen).

Der Anteil von knapp einem Viertel Engagierter scheint zunächst sehr hoch. Dies ist darauf zurückzuführen, dass auch zivilgesellschaftliche Beteiligungsformen in die Analyse einfließen, die nicht originär politisch sind. Eine gemeinsame Betrachtung verschiedener Beteiligungsformen wird damit begründet, dass politischem und zivilgesellschaftlichem Engagement häufig ähnliche Kontextfaktoren zugrunde liegen (vgl. Kunz & Gabriel 1999). Die Bandbreite des Engagements der befragten Schüler\_innen reicht von kirchlichen Tätigkeiten (71 Befragte) über ein Engagement in den Jugendorganisationen von Parteien (21) und in Umweltverbänden (8). Der größte Teil der Engagierten ist im sozialen Bereich oder in Vereinen aktiv (132 Personen). 24 Befragte machten sonstige Angaben.

Zudem wurde erfragt, ob die Schüler\_innen schon einmal aufgerufen waren, an einer Wahl teilzunehmen. 689 Befragte bejahten dies. 184 (26,7 %) davon gaben an, diese Möglichkeit nicht genutzt zu haben. 505 (73,3 %) nahmen dagegen an der Wahl teil. Diese beiden Gruppen werden in Abschnitt 5.3 vor dem Hintergrund verglichen, welche Faktoren eine Wahlbeteiligung wahrscheinlicher bzw. unwahrscheinlicher machen.

# 5

## Empirische Analyse



Aus der Operationalisierung der abhängigen Variablen ergibt sich die Struktur der Gliederung. Zunächst wird der *individuelle Indikator zur politischen Partizipation von Jugendlichen* analysiert (5.1). Es folgt der Vergleich der Schüler\_innen, die ein Engagement angaben, mit denjenigen, die keinem Engagement nachgehen. Zudem wurde die Frage nach der Bedeutung, die die Befragten einer Beteiligung an Wahlen zusprechen, in einigen Fällen gesondert ausgewertet (5.2). Unter Abschnitt 5.3 erfolgt der Vergleich von Wähler\_innen und Nichtwähler\_innen.

Die Untersuchung schließt mit den Schlussfolgerungen, die aus der Analyse der erhobenen Daten gezogen werden (Kapitel 6).

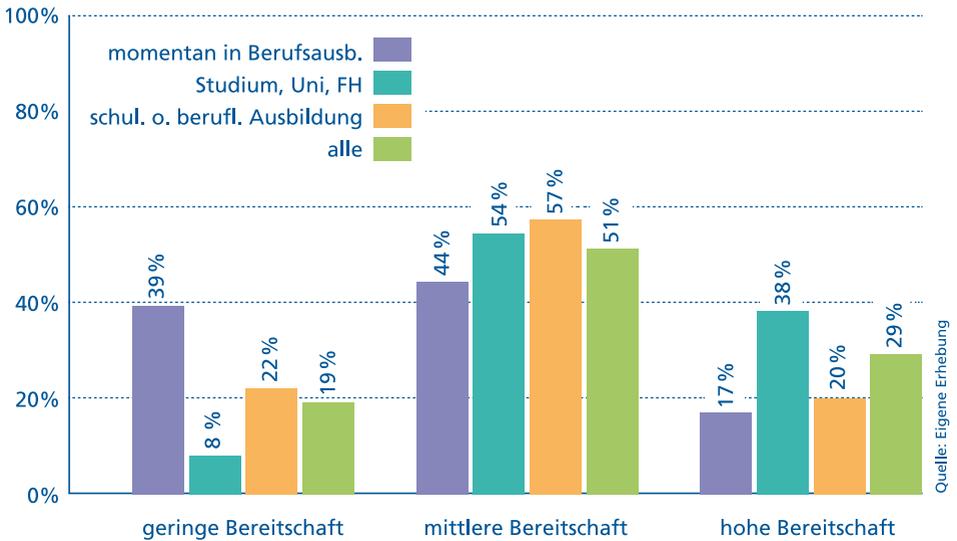
## 5.1

### Bereitschaft zur politischen Partizipation (individueller Indikator zur politischen Partizipation)

Hinsichtlich des Geschlechts sind die Unterschiede für eine Partizipationsbereitschaft unter Jugendlichen gering. Werden die einzelnen Komponenten betrachtet, zeigt sich, dass Schülerinnen die Beteiligung an Wahlen etwas seltener für wichtig befinden als Schüler. Unsere Daten stützen dagegen die aus der Literatur bekannte These, dass sich Frauen häufiger und stärker in unkonventionelle soziale Bewegungen einbringen als Männer (vgl. z. B. Gaiser und de Rijke 2000).

Bei einer Betrachtung verschiedener Altersklassen zeigt sich, dass der Anteil der Befragten, die eine geringe Partizipationsbereitschaft aufweisen, in der Gruppe der 15- bis unter 17-Jährigen und der 23-Jährigen (und älter) mit jeweils etwa 15 % kleiner ausfällt als bei den beiden mittleren Altersgruppen, die zu knapp 28 % zu dieser Kategorie gehörten. Bei den beiden mittleren Altersgruppen rücken offenbar Lebensbereiche, die einem Engagement entgegenstehen, stärker in den Vordergrund.

Zwischen dem formalen Bildungsgrad und der Bereitschaft, sich in politische Zusammenhänge einzubringen, besteht ein offensichtlicher Zusammenhang. Die Komplexität politischer Zusammenhänge kann erst durch reflektierende Lernprozesse erschlossen werden (vgl. Reinhardt & Tillmann 2002, S. 50f.), die Voraussetzungen, inwieweit solche Prozesse verarbeitet werden können, sind

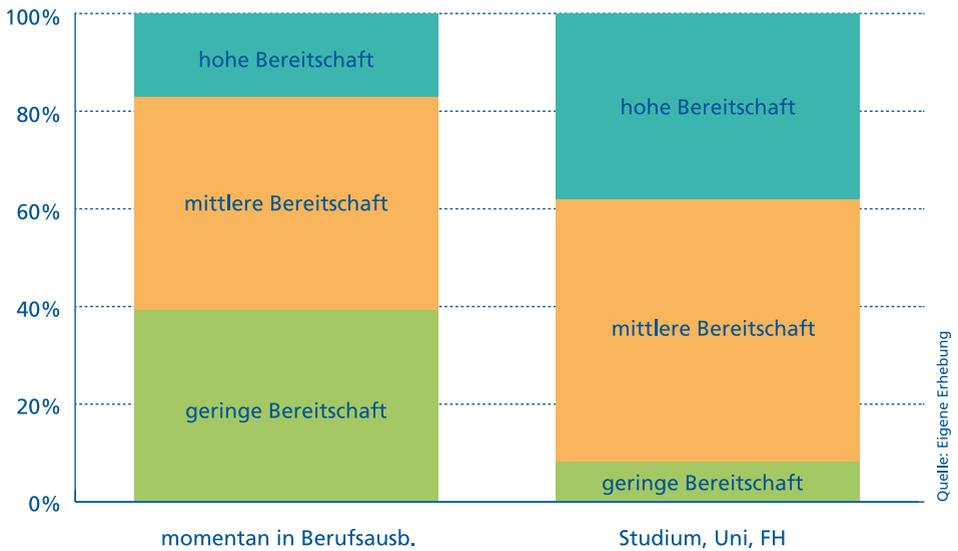


**ABB. 7** Bereitschaft zur politischen Partizipation und Ausbildungsziel<sup>5</sup>

bei der Einführung politischer Bildung in den Lehrplan sehr unterschiedlich ausgeprägt. Da es praktisch keine empirischen Untersuchungen darüber gibt, wie sich der Umfang des Politikunterrichts und die Art der Lehrer\_innen-ausbildung in verschiedenen Bildungsgängen auf das Verständnis politischer Prozesse auswirken, ist nur wenig darüber bekannt, wie stark der Politikunterricht die Bereitschaft einzelner Gruppen, sich in diese Prozesse einzubringen, steigern kann. Diese Analyse sucht Anknüpfungspunkte, die Forschungslücke zu schließen. Die bisher vergleichsweise seltenen Forschungsarbeiten nutzen meist normative und heuristische Methoden, liefern aber keine empirischen Ergebnisse, die eine direkte Verbindung zwischen Unterricht und Partizipationsbereitschaft herstellen (vgl. Backhaus, Moegeling & Rosenkranz 2008; verschiedene Beiträge in: Widmaier & Nonnenmacher 2011).

Durch die Erhebungsmethode wurden fast nur Schulformen erreicht, die zu formal mittleren und hohen Abschlüssen führen. In der folgenden **ABBILDUNG** ist dargestellt, wie sich verschiedene Bildungsziele auf die Partizipationsbereitschaft auswirken.

5 Die Verteilung der Gesamtstichprobe (alle) auf die drei Kategorien kann geringfügig variieren. Dies ist darauf zurückzuführen, dass eine abweichende Anzahl der Befragten die Frage zur jeweiligen unabhängigen Variable beantwortet haben.



**ABB. 8 Vergleich der Partizipationsbereitschaft von Schüler\_innen mit beruflichem und akademischem Ausbildungsziel**

Jugendliche, die ein Studium anstreben, zeigen eine deutlich höhere Bereitschaft zu einer politischen Partizipation als solche, die sich momentan in einer Berufsausbildung befinden. Schüler\_innen, die eine schulische oder berufliche Ausbildung planen (darunter viele Gymnasiast\_innen, die kein Studium anstreben), nehmen eine Mittelposition ein. In der Gruppe mit geringer Bereitschaft zu einer Partizipation sind Berufsschüler\_innen stark überrepräsentiert.

Der direkte Vergleich der beiden größten Gruppen innerhalb der Stichprobe, Berufsschüler\_innen, die sich zum Zeitpunkt der Befragung in einer Berufsausbildung befanden, und Gymnasiast\_innen, die ein Studium anstrebten, unterstreicht noch einmal deutlich, dass formal höhere Bildungsabschlüsse mit einer höheren Partizipationsbereitschaft einhergehen.

Das Einkommen des Elternhauses stellt einen weiteren Faktor dar, der sich auf die politische Beteiligungsbereitschaft von Jugendlichen auswirkt. Die folgende **ABBILDUNG 9** zeigt das Ergebnis, dass Jugendliche aus Haushalten der unteren Einkommensklassen weniger zu einer Partizipation bereit sind als solche aus Elternhäusern mit höheren Einkommen.

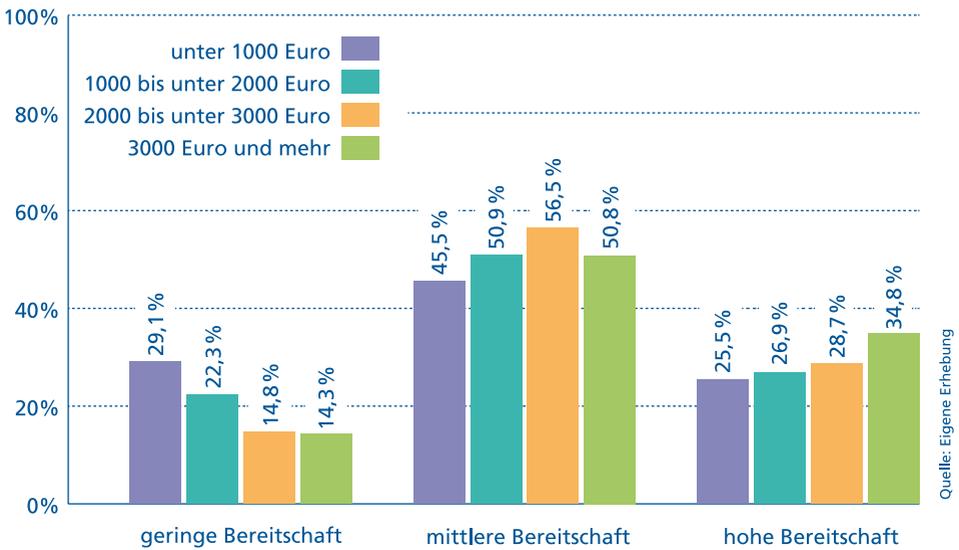


ABB. 9

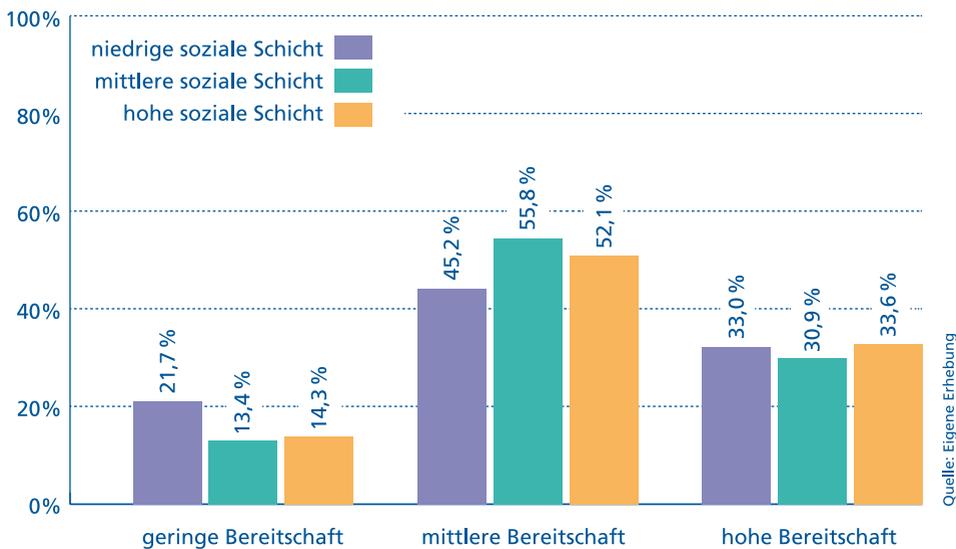
### Bereitschaft zur politischen Partizipation nach Einkommensklassen

Der finanzielle Hintergrund und die Bildungsstrukturen innerhalb eines Haushaltes bilden die Grundlage für eine individuelle Verortung innerhalb der sozialen Schichtung. Diese wurde für die vorliegende Analyse zudem gesondert erfragt.

Jugendliche, die aus einer niedrigen sozialen Schichtung stammen, sind in der Gruppe, die eine geringe Bereitschaft aufweist, sich in politische Prozesse einzubringen, deutlich überrepräsentiert. 22 % dieser Jugendlichen gehören zu denjenigen mit einer geringen Partizipationsbereitschaft, Schüler\_innen aus hohen sozialen Schichten dagegen nur zu jeweils ungefähr 14 %. Ein weiteres interessantes Ergebnis ergibt die Unterrepräsentation der Mittelschichtenjugendlichen in den beiden Randkategorien.

Es besteht also bereits bei Jugendlichen ein erkennbarer Zusammenhang zwischen Faktoren der sozialen Schichtung und der Bereitschaft, sich in politische Prozesse einzubringen. Der Zusammenhang ist jedoch nicht linear mit einer höheren Schichtzugehörigkeit ansteigend.

Dass von sozialen Faktoren nicht *direkt* auf die Partizipationsbereitschaft geschlossen werden kann, liegt auf der Hand. Es geht vielmehr um die Frage, welche sozialen Kontexte sich daraus ergeben und welchen Stellenwert der Lebensbereich „Politik“ innerhalb dieser sozialen Kontexte einnimmt (vgl. oben **ABBILDUNG 3**). Der soziale Kontext eines Jugendlichen lässt sich auf drei



**ABB. 10 Schichtzugehörigkeit und Bereitschaft zur politischen Partizipation**

Faktoren zurückführen: Als primärer Faktor spielt die Familie für die politische Sozialisation eine zentrale Rolle. Hinzu kommt das unmittelbare private Umfeld. Dazu gehören der Freundeskreis und weitere Peer-Groups, die gruppenspezifische kulturelle Praktiken ausbilden (vgl. Reinders & Wild 2003, S. 25 f.), die wiederum spezifische politische Vorstellungen beeinflussen. Der dritte Faktor ist die Schule, insbesondere der zielgerichtete Politikunterricht, der im Gegensatz zu den beiden anderen Faktoren keine richtungspolitischen Aspekte enthält bzw. enthalten sollte. Hier sollen vielmehr Aspekte eines Bürgerbewusstseins vermittelt werden, die eine Orientierung der Schüler\_innen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ermöglichen und eine Grundlage für die sinnhafte Beurteilung komplexer Zusammenhänge schaffen. Auf diese Weise wird es Lernenden ermöglicht, vorgefundene Phänomene zu beurteilen und handelnd zu beeinflussen (vgl. Lange 2008, S. 432 f.). Das Bürgerbewusstsein schafft wiederum Anknüpfungspunkte, die eigene Rolle innerhalb des politischen Systems zu überdenken. Durch diese Verknüpfung wird deutlich, dass der Politikunterricht Perspektiven vermitteln kann, den politischen Handlungsspielraum zu erweitern. Das heißt, es kann eine Haltung erzeugt werden, die die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sich Jugendliche in politische Prozesse einbringen.

Die beiden folgenden Tabellen zeigen zunächst die hohe Bedeutung, die Gespräche mit politischen Inhalten – in der Familie und im Freundeskreis – für den Grad der Bereitschaft, sich in politische Prozesse einzubringen, aufweisen.

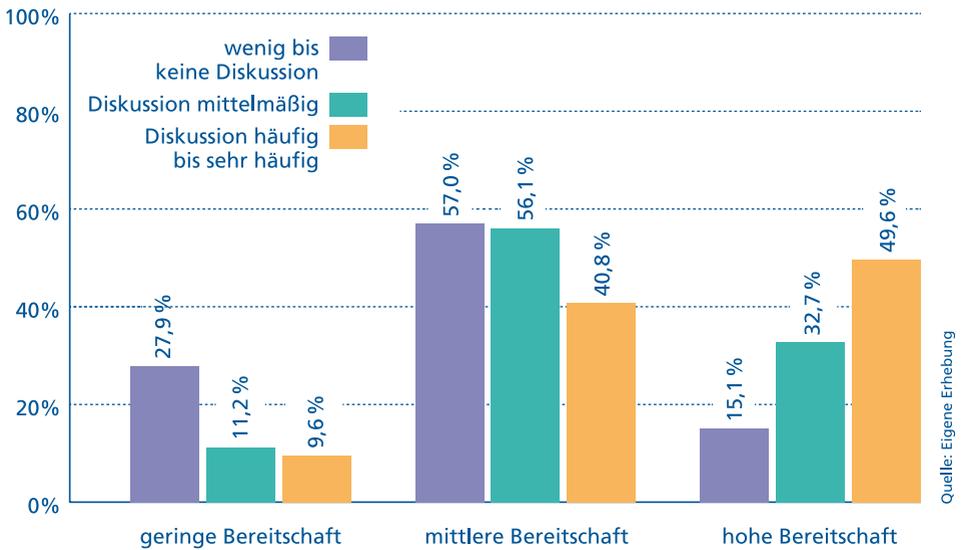


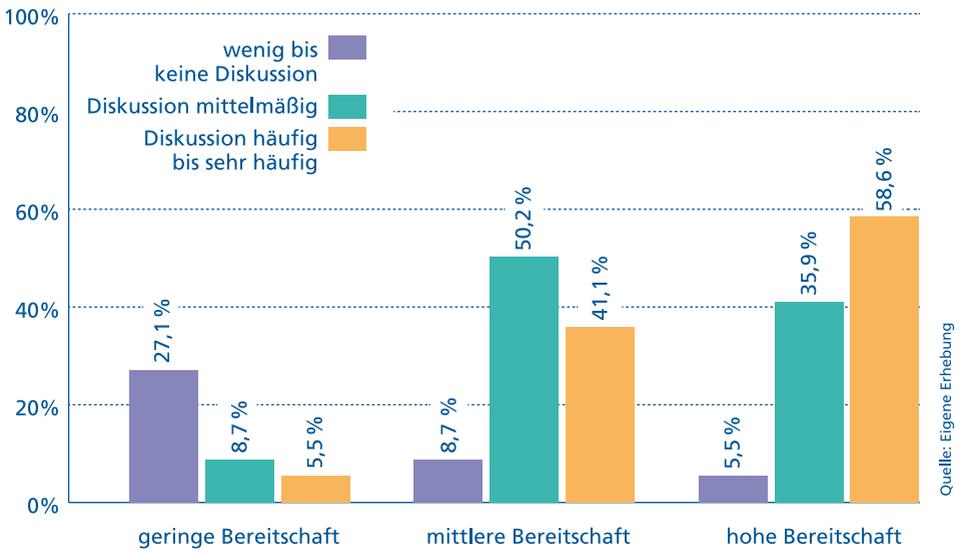
ABB. 11

### Häufigkeit politischer Diskussionen im Elternhaus und Bereitschaft zur politischen Partizipation

Je häufiger ein\_e Jugendliche\_r Diskussionen mit politischen Inhalten in seinem Umfeld führt, desto stärker ist die Bereitschaft, sich in politische Prozesse einzubringen. Wichtige Impulse für eine politische Partizipation geben zunächst die Gespräche in der Familie. Zudem scheinen politisch interessierte Jugendliche häufig Freundschaften mit ebenfalls Interessierten zu schließen. Auf diese Weise kann das Bedürfnis nach politischer Beteiligung weiter gesteigert werden (vgl. Krapp 1992, S. 12). Diese Zusammenhänge gelten aber auch umgekehrt. Bei Jugendlichen, die in ihrem Umfeld keine politischen Diskussionen führen, kann dies zu einer nachhaltigen „politischen Enthaltensamkeit“ führen.

Das Fernsehen ist mit Abstand die häufigste Quelle, die Schüler\_innen für die Beschaffung politischer Informationen nutzen. Aus **TABELLE 1** lässt sich außerdem herleiten, dass Jugendliche, die eine hohe Partizipationsbereitschaft aufweisen, zur Beschaffung politischer Informationen überdurchschnittlich häufig solche Medien heranziehen, die mit einer aktiven Suche in Verbindung stehen (Internetseiten, Blogs), oder solche, die mit einer aktiven Konversation verbunden sind (Gespräche im Freundes- oder Familienkreis).

Der Schulunterricht wird von Jugendlichen mit hoher Partizipationsbereitschaft dagegen deutlich unterdurchschnittlich als wichtige Informationsquelle genannt. Insbesondere für solche Schüler\_innen, die eine mittlere



**Abb. 12 Häufigkeit politischer Diskussionen im Freundeskreis und Bereitschaft zur politischen Partizipation**

Medium	Ges-Erg.	Geringe Partizipationsbereitschaft	Mittlere Partizipationsbereitschaft	Starke Partizipationsbereitschaft
Fernsehen	80,2 %	66,7 %	84,4 %	81,5 %
Schulunterricht	51,0 %	48,0 %	58,7 %	39,0 %
Tageszeitungen	47,1 %	28,1 %	47,5 %	59,0 %
Internetseiten	42,3 %	27,1 %	41,8 %	53,1 %
Gespräche in der Familie	27,4 %	14,6 %	26,7 %	37,0 %
Gespräche mit Freunden	17,1 %	6,7 %	16,4 %	24,7 %
Internet-Blogs	7,6 %	5,8 %	6,1 %	12,0 %
kein Interesse an Politik	3,3 %	14,1 %	0 %	0 %
N	1008	194	523	291

Quelle: Eigene Erhebung, Mehrfachnennungen waren möglich

**TAB. 1 Partizipationsbereitschaft und wichtige Quellen für politische Informationen**

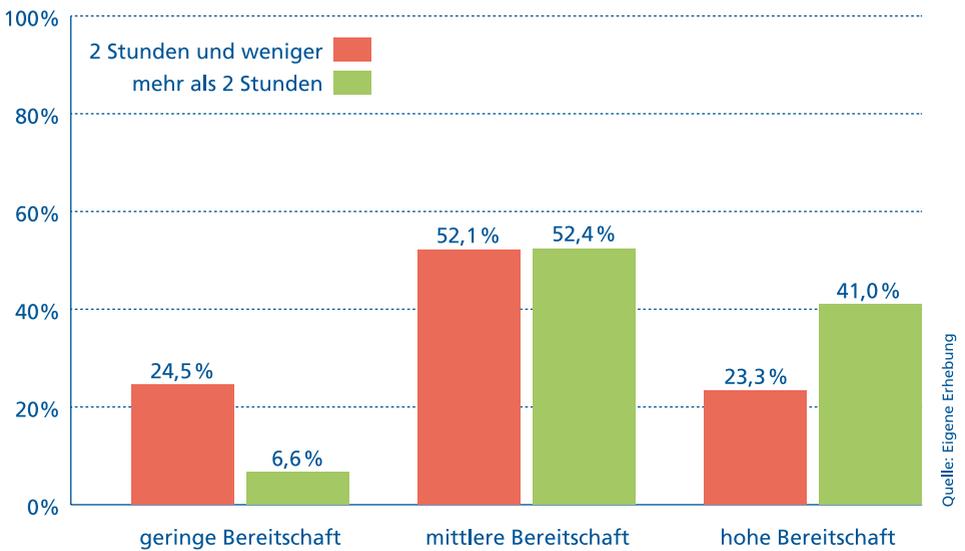
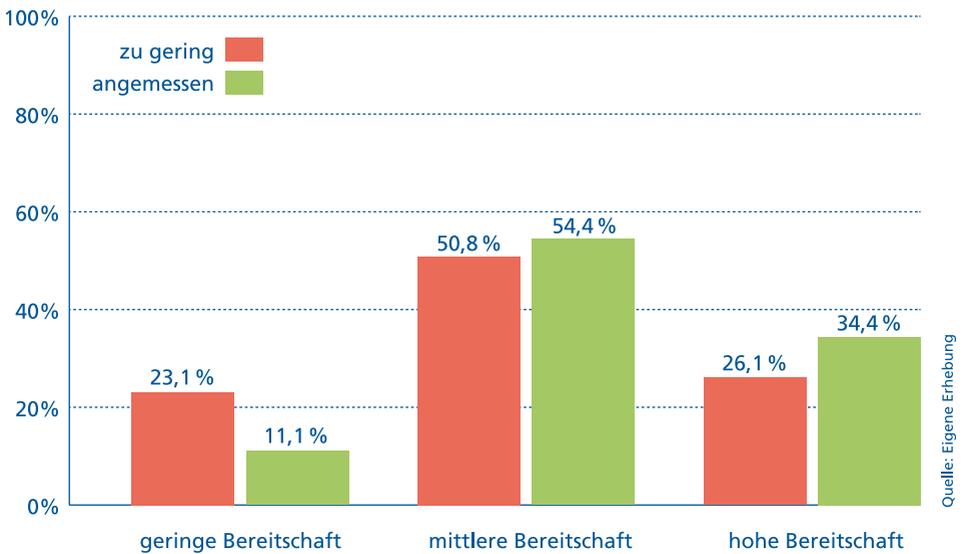


ABB. 13 Umfang des Politikunterrichts und Partizipationsbereitschaft

Partizipationsbereitschaft aufweisen, hat der Politikunterricht eine überproportionale Bedeutung. Die Bedeutung des Unterrichts kann auch anhand des Zusammenhangs der wichtigsten Quellen für politische Informationen und des politischen Wissens dargestellt werden.<sup>6</sup> 55 % der Befragten, die über geringes politisches Wissen verfügten, gaben den Politikunterricht als wichtige Quelle an, aber nur 39 % mit einem als gut klassifizierten Wissen. Eine weitere Auffälligkeit beim Informationsverhalten zeigt sich darin, dass Jugendliche mit einem ausgeprägten politischen Wissen und hohem politischen Interesse aktiv nach politischen Informationen suchen. 54 % der Schüler\_innen aus dieser Gruppe suchten im Internet nach politischen Informationen. Bei denjenigen mit einem geringen Wissen waren es nur 32 %.

Die beiden folgenden **ABBILDUNGEN** nehmen ebenfalls Bezug auf den Politikunterricht, zum einen darauf, wie sich der tatsächliche Umfang des Politikunterrichts auf die Partizipationsbereitschaft der Schüler\_innen auswirkt. Der zweite Aspekt beruht auf der Einschätzung der Politiklehrer\_innen über den Umfang des Unterrichts.

6 Auf den Zusammenhang zwischen politischem Wissen und der Bereitschaft, sich in politische Prozesse einzubringen, wurde oben bereits hingewiesen. Vgl. oben Punkt 4, „Operationalisierung: Politische Partizipation“.



**Abb. 14** Einschätzung der Lehrkräfte über den Umfang des Politikunterrichts und Partizipationsbereitschaft

Aus der **ABBILDUNG 13** geht hervor, dass ein größerer zeitlicher Umfang des Politikunterrichts mit einer höheren Bereitschaft zu einer politischen Partizipation einhergeht.<sup>7</sup> In die gleiche Richtung wirkt die subjektive Einschätzung der Politiklehrer\_innen. Schüler\_innen, die eine geringe Partizipationsbereitschaft aufweisen, werden überproportional von Lehrkräften unterrichtet, die den Umfang des Politikunterrichts als zu gering einschätzen.

Der letzte Zusammenhang, der in diesem Abschnitt untersucht wird, richtet sich auf die Frage nach der Partizipationsbereitschaft in Verbindung mit der Zustimmung zu politischen Aussagen (vgl. **TABELLE 2** auf der folgenden Seite). Die positiv besetzte Aussage, „der Umweltschutz sollte in Zukunft eine noch größere Rolle spielen“, wird überdurchschnittlich häufig von Jugendlichen genannt, die einem Engagement zuneigen. Diese Gruppe beklagt zudem, dass sich ihre Generation insgesamt zu wenig für Politik interessieren würde.

Negativ besetzte Aussagen, die Probleme in Deutschland mit Ausländer\_innen in Verbindung bringen, oder resignierende Aussagen, dass die eigene Stimme

7 Ob hier ein kausaler Zusammenhang besteht, kann anhand der vorliegenden Datenbasis nicht abschließend geklärt werden. Beispielsweise besteht die Möglichkeit, dass besonders engagierte und politikaffine Schüler\_innen Wahlmöglichkeiten nutzen, um zusätzlichen Politikunterricht in Anspruch zu nehmen (z.B. Leistungskurse). Der Zusammenhang könnte sich in diesem Fall abschwächen oder sogar umkehren.

Politische Aussagen	Ges-Erg.	Geringe Partizipationsbereitschaft	Mittlere Partizipationsbereitschaft	Starke Partizipationsbereitschaft
Umweltschutz sollte in Zukunft eine noch größere Rolle spielen	60,0 %	38,0 %	63,2 %	68,5 %
Meine Generation interessiert sich zu wenig für Politik	55,1 %	36,0 %	56,5 %	65,1 %
Die Parteien werden sich immer ähnlicher	33,4 %	18,3 %	31,5 %	47,0 %
Im Großen und Ganzen geht es in Deutschland gerecht zu	29,5 %	16,7 %	30,7 %	36,0 %
Viele Probleme in Deutschland sind auf einen zu hohen Ausländeranteil zurückzuführen	25,7 %	42,0 %	24,5 %	16,8 %
Meine Stimme macht bei Wahlen keinen Unterschied	16,2 %	40,6 %	12,9 %	6,1 %
In den letzten Jahren wurden die deutschen Interessen in der EU vernachlässigt	14,8 %	20,3 %	14,7 %	11,3 %
N = 1006	1006	193	522	291

(Mehrfachnennungen waren möglich)

**Tab. 2 Partizipationsbereitschaft und Zustimmung zu politischen Aussagen**

bei Wahlen keinen Unterschied macht, werden dagegen überdurchschnittlich häufig von Jugendlichen genannt, die einem Engagement eher distanziert gegenüberstehen.

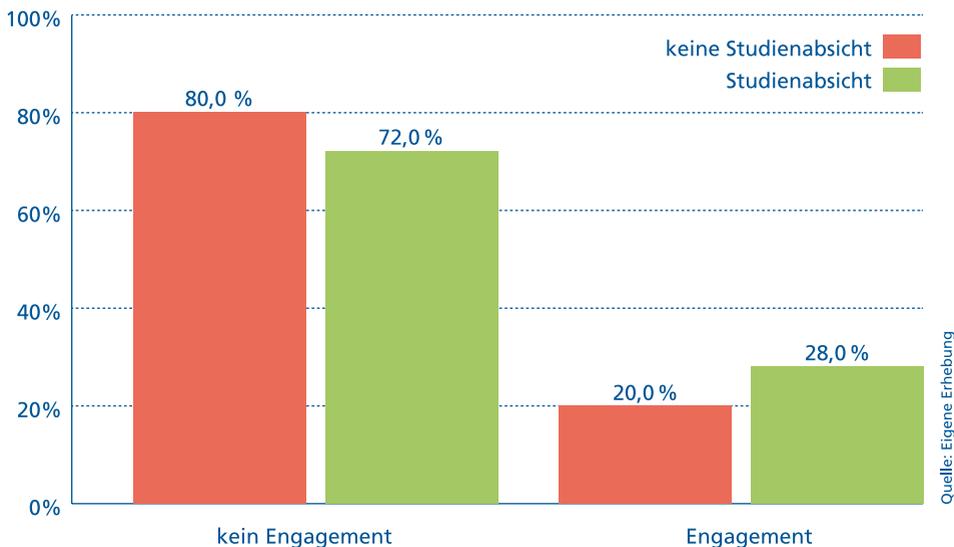


ABB. 15 **Bildungsziel und Engagement**

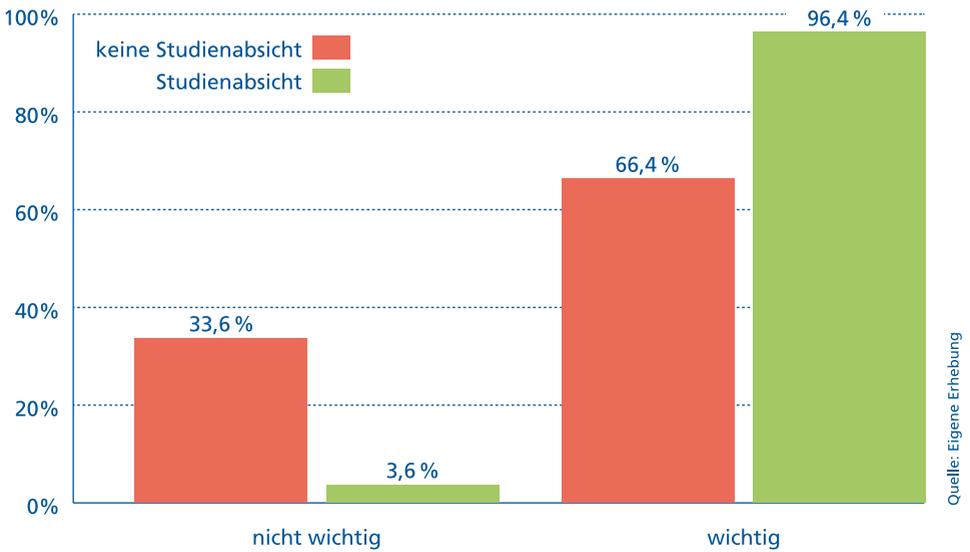
## 5.2

### Bestimmungsfaktoren für ein politisches und gesellschaftliches Engagement Jugendlicher

Die Basis für die Analyse in diesem Abschnitt bildet ein Vergleich der politisch oder gesellschaftlich Engagierten unter den Befragten mit denjenigen, die keinem Engagement nachgehen. Die folgenden Analysen basieren auf der Auswertung der Angaben von 1018 Schüler\_innen, die die Frage nach einem Engagement beantworteten. 251 der befragten Schüler\_innen, knapp 25 % derjenigen, die auf die entsprechende Frage antworteten, waren gesellschaftlich oder politisch engagiert, auf 767 oder 75 % traf dies nicht zu.

In den **ABBILDUNGEN 15 UND 16** ist die Partizipationsbereitschaft im Zusammenhang mit dem angestrebten Bildungsabschluss dargestellt. Zunächst kann nachgewiesen werden, dass sich Schüler\_innen, die ein Studium anstreben, häufiger engagieren als solche, die einen formal niedrigeren Bildungsabschluss anstreben.

Ein detaillierter Blick auf die absoluten Zahlen deutet auf ein relativ häufiges Engagement von Schüler\_innen, die kein Studium anstreben, in Vereinen



**ABB. 16** Bildungsziel und Einschätzung der Bedeutung einer Teilnahme an Wahlen

und anderen Organisationen hin, die nicht originär politische Ziele verfolgen. Werden nur politische Organisationen betrachtet, fällt der Abstand zwischen den beiden Gruppen etwas größer aus.

Bei einer Betrachtung der Einschätzung der Bedeutung einer Wahlbeteiligung ist ebenfalls ein erkennbarer Zusammenhang zwischen dem angestrebten formalen Bildungsgrad und der Beteiligungsbereitschaft festzustellen. Fast alle Befragten, die ein Studium anstreben, halten die Teilnahme an Wahlen für wichtig (97 %). Berufsschüler\_innen sind nur zu etwa 66 % dieser Meinung. (VGL. ABBILDUNG 16).

Auch die Einkommenssituation des Elternhauses übt Einfluss auf die Partizipationsbereitschaft aus. Auffällig ist dabei die Verteilung zwischen den einzelnen Einkommensklassen: Jugendliche aus Haushalten mit einem Einkommen über 3000 Euro sind deutlich häufiger engagiert als diejenigen aus den Einkommensklassen darunter. Dagegen ist die zweithöchste Einkommensklasse in der Gruppe der Engagierten unterrepräsentiert.

Der Zusammenhang zwischen der Schichtzugehörigkeit, in die weitere Faktoren des sozialen Standortes einfließen, insbesondere der Bildungshintergrund, ist dagegen eindeutiger: Je höher die soziale Schicht, desto höher ist der Anteil gesellschaftlich oder politisch Engagierter.

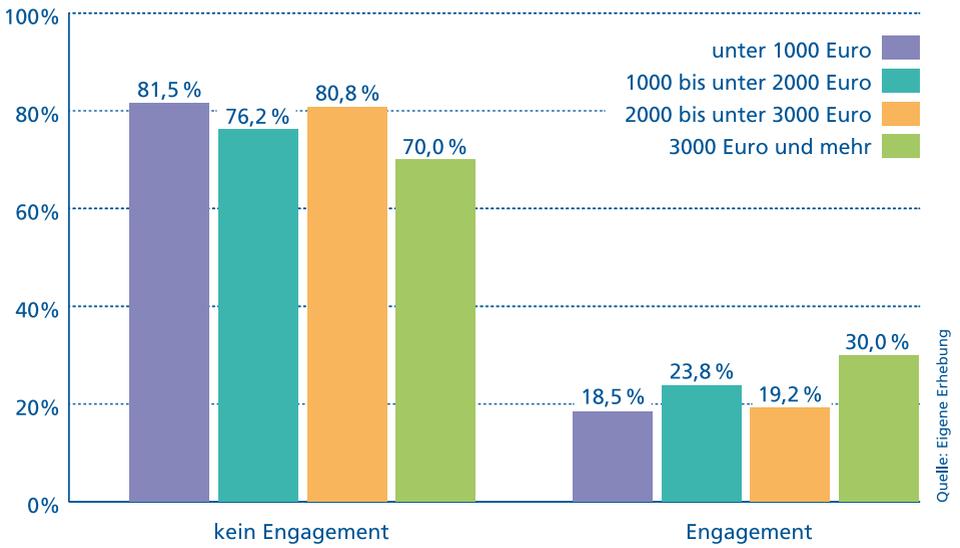


ABB. 17 Haushaltseinkommen und Engagement

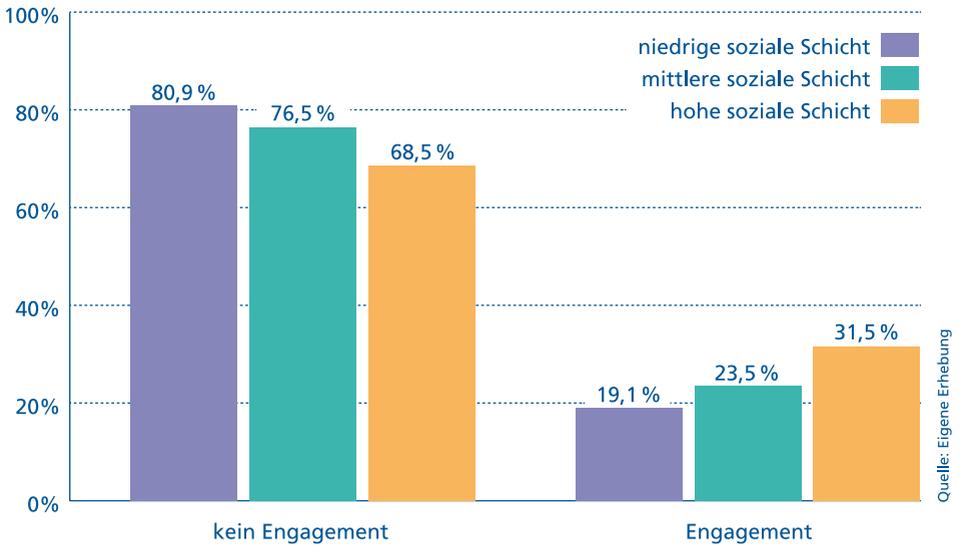


ABB. 18 Soziale Schicht und Engagement

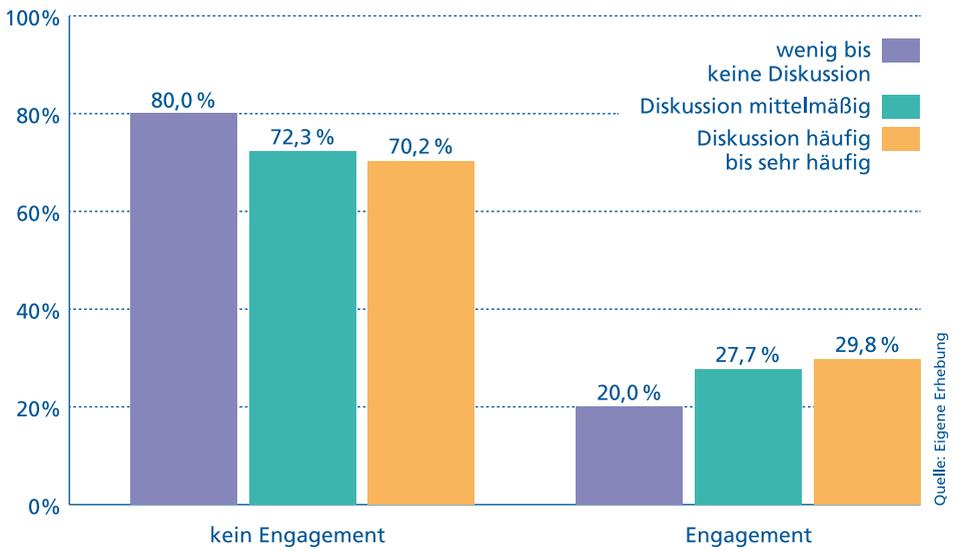


ABB. 19 Häufigkeit politischer Diskussionen im Elternhaus und Engagement

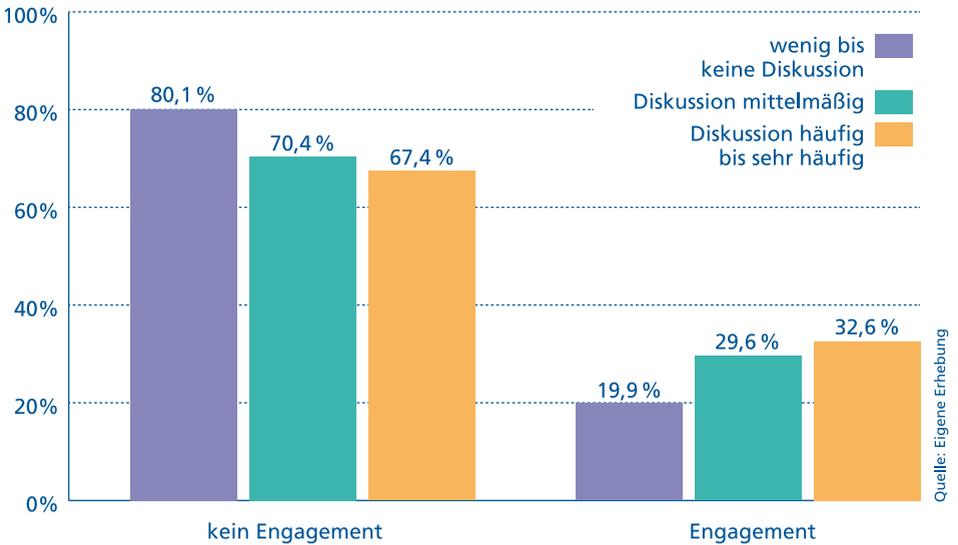
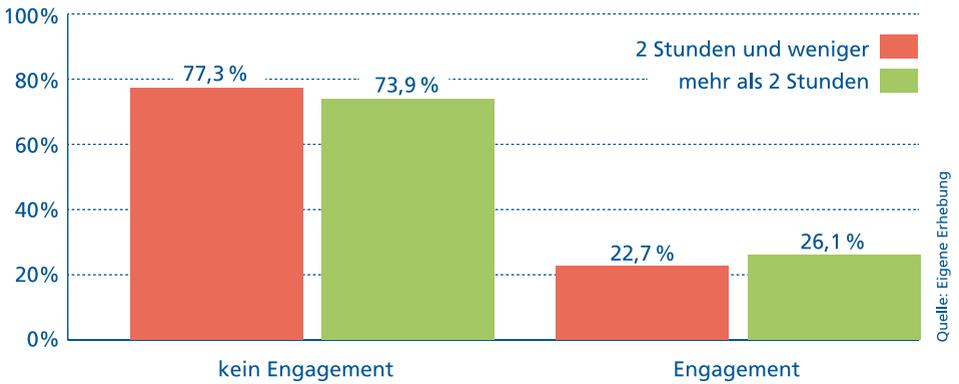
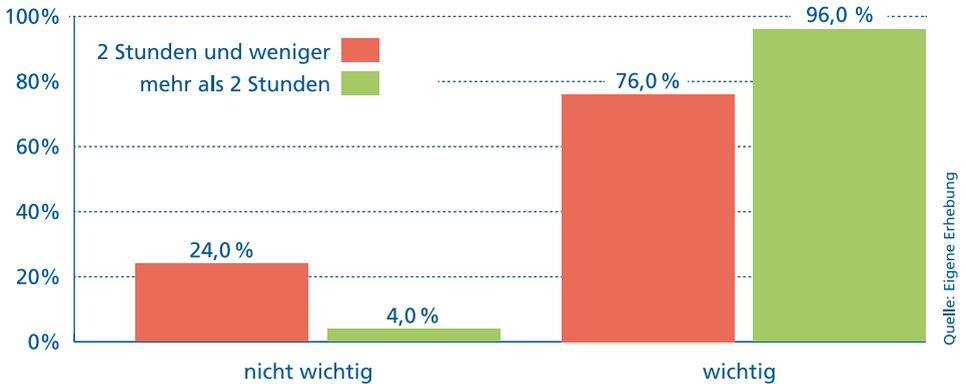


ABB. 20 Häufigkeit politischer Diskussionen im Freundeskreis und Engagement



**ABB. 21 Umfang des Politikunterrichts und Engagement**

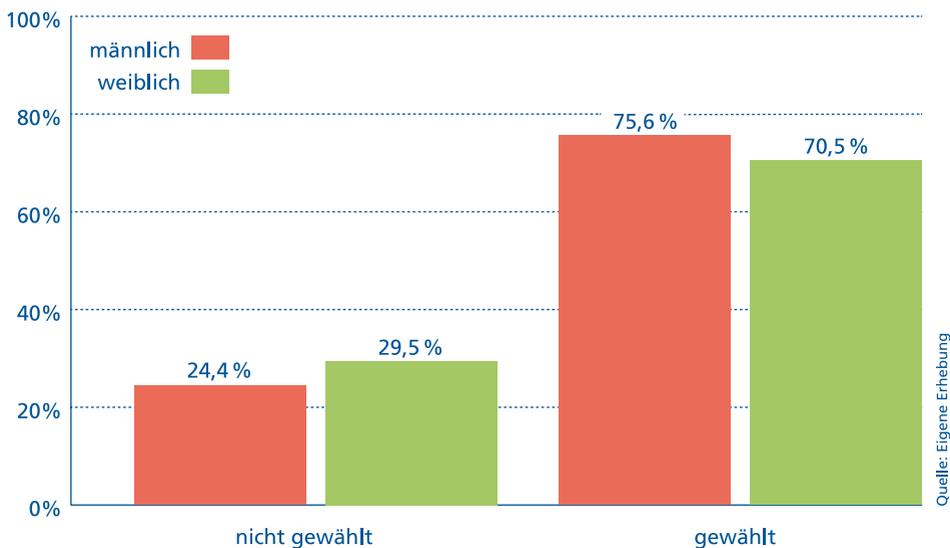


**ABB. 22 Umfang des Politikunterrichts und die Einschätzung der Bedeutung einer Teilnahme an Wahlen**

Die beiden folgenden Darstellungen enthalten Indizien dafür, dass Impulse für ein Engagement zunächst vom Elternhaus ausgehen und durch den Freundeskreis verstärkt werden können.

Der letzte Einflussfaktor, der untersucht wird, ist der Politikunterricht. Zunächst zeigt sich, dass eine höhere Unterrichtsstundenzahl mit einem ausgeprägteren Engagement einhergeht.

Bei der Bedeutung einer Teilnahme an Wahlen ist dieser Zusammenhang noch deutlicher. Eine höhere Stundenzahl Politikunterricht führt dazu, dass die Teilnahme an Wahlen von den Schüler\_innen als wichtiger eingeschätzt wird.



Quelle: Eigene Erhebung

ABB. 23 Geschlecht und Wahlbeteiligung

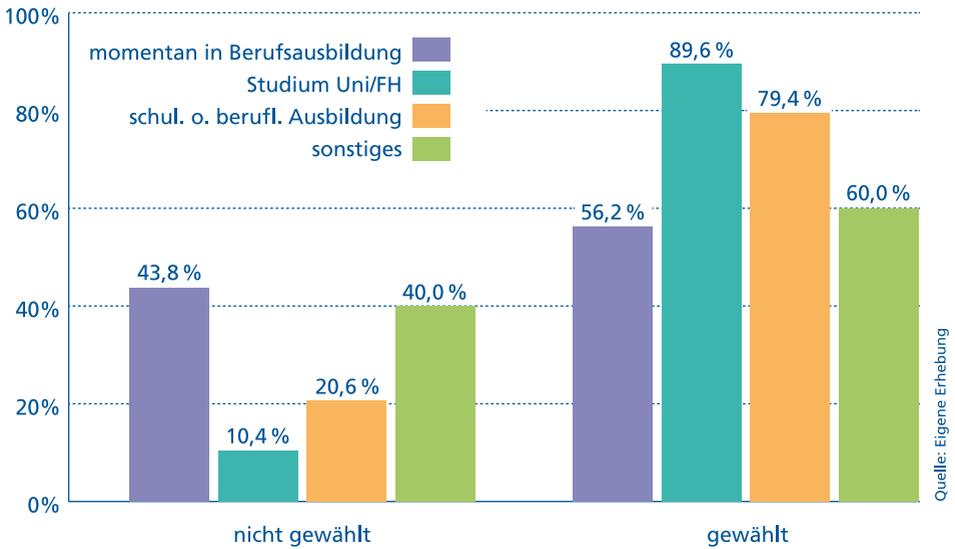
## 5.3

### Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung

In diesem Abschnitt werden nur die Schüler\_innen innerhalb der Stichprobe berücksichtigt, die angaben, schon einmal bei einer Wahl zur Stimmenabgabe berechtigt gewesen zu sein. Dies trifft auf 689 Befragte zu. 26,7 % oder 184 davon gaben an, diese Möglichkeit nicht genutzt zu haben. 73,3 % oder 505 der Befragten nahmen dagegen an der Wahl teil.<sup>8</sup> Es folgt ein Vergleich der beiden Gruppen, der darauf abzielt, aufzuzeigen, welche Faktoren eine Wahlbeteiligung wahrscheinlicher machen bzw. einer Wahlbeteiligung entgegenwirken.

Viele Wahlanalysen enthalten einen Vergleich zwischen dem Wahlverhalten von Männern und Frauen. Entsprechende Befunde beinhalten häufig den Hinweis, dass Frauen seltener ihre Stimme abgeben als Männer. Eine mögliche

<sup>8</sup> Damit liegt die Wahlbeteiligung innerhalb der Stichprobe für diese Altersgruppe etwas höher als im Durchschnitt (Bundeswahlleiter.de). Dies ist darauf zurückzuführen, dass bestimmte Gruppen, bei denen eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung zu erwarten wäre – beispielsweise arbeitslose Jugendliche – unterrepräsentiert sind.



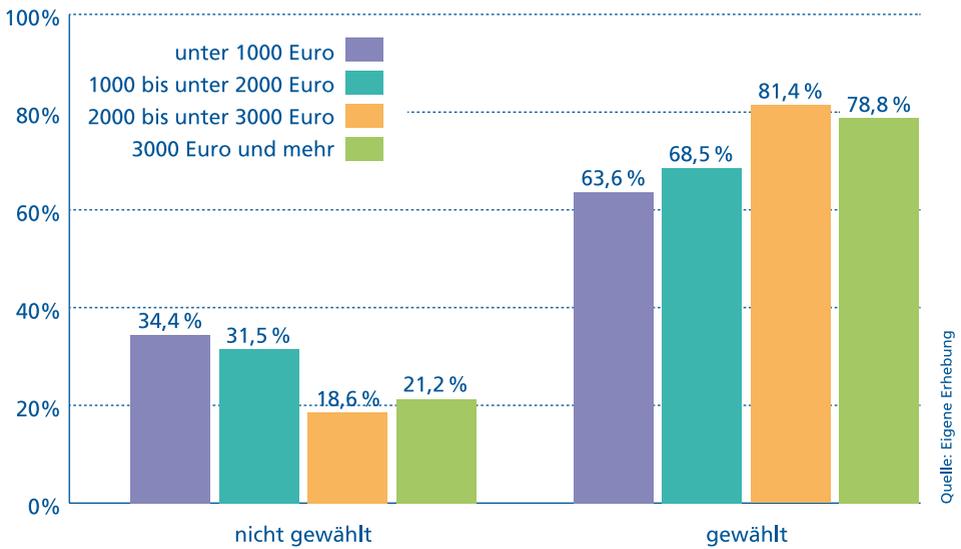
**ABB. 24 Angestrebter Bildungsabschluss und Wahlbeteiligung**

Deutung besteht darin, dass dieses Verhalten auf ein geschlechtsspezifisch unterschiedliches Politikverständnis zurückzuführen ist (vgl. Kaspar & Falter 2007).

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind gering, aber erkennbar.

Die Diskussionen um die seit Jahrzehnten überwiegend rückläufige Beteiligung bei Bundestags-, Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen werden teils alarmistisch geführt, teils beschwichtigend. Demnach würde sich die Wahlbeteiligung in Deutschland nur dem Niveau anderer europäischer Länder angleichen.

Für unsere Untersuchung sind zwei weitere Fragen, die die Wahlbeteiligung betreffen, ebenso relevant wie die generelle Entwicklung der Wahlbeteiligung. Die erste Frage zielt auf die Bedeutung ab, die die Stimmenabgabe eines jungen Menschen für die Wahlbeteiligung in seinem Lebenslauf aufweist. Eine zentrale Annahme liegt darin, dass die Stimmbgabe einen hohen symbolischen Wert enthält. Eine regelmäßige Teilnahme an Wahlen als junge\_Wähler\_in, erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass eine Teilnahme an Wahlen im gesamten Lebenslauf zum Normalfall wird (vgl. Becker & Mays 2003). Die Erforschung der Bestimmungsfaktoren einer Beteiligung ist also bei jungen Kohorten besonders wichtig. Aus der **TABELLE 3** kann herausgelesen werden,



**ABB. 25 Einkommen und Wahlbeteiligung**

dass Erstwähler\_innen (18- bis 21-Jährige) offenbar häufiger an Bundestagswahlen teilnehmen als Wähler\_innen, die bereits zum zweiten Mal die Möglichkeit einer Stimmenabgabe haben (21- bis 25-Jährige). Beide Altersgruppen beteiligen sich jedoch deutlich unterdurchschnittlich an Bundestagswahlen.<sup>9</sup>

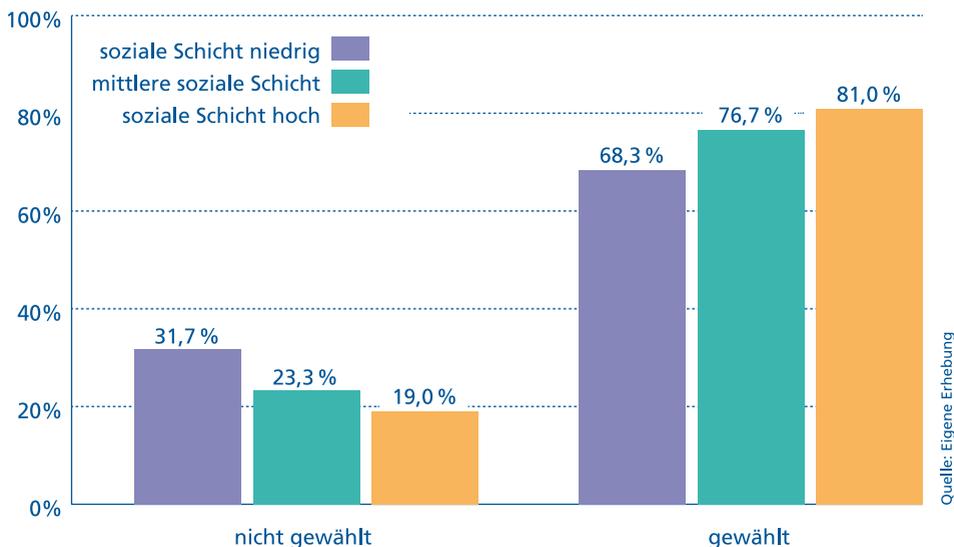
18- bis 21-Jährige	63,0 %
21- bis 25-Jährige	59,1 %
Alle	70,8 %

Quelle: Bundeswahlleiter

**TAB. 3 Wahlbeteiligung nach Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2009**

Dass das Alter für die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung eine Rolle spielt, ist kaum zu bestreiten. Die Fragen, denen auf unserer Datengrundlage nachgegangen werden soll, zielen auf sozialstrukturelle Hintergründe und andere soziale Kontextfaktoren ab.

<sup>9</sup> Die relativen Abstände der beiden jüngsten Wähler\_innengruppen, die von der amtlichen Wahlstatistik ausgewiesen werden – untereinander und im Vergleich zur Gesamtbeteiligung – sind auf die Ergebnisse vorangegangener Bundestagswahlen übertragbar. Seit 1998 geht die Wahlbeteiligung bei allen Altersgruppen etwa gleichmäßig zurück.



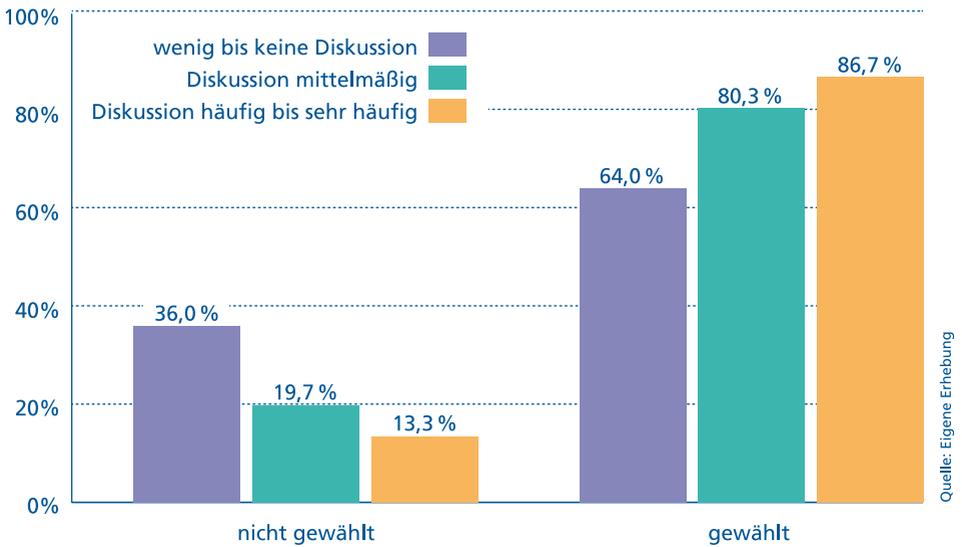
**ABB. 26 Soziale Schicht und Wahlbeteiligung**

In der Literatur wird darauf verwiesen, dass sozialstrukturelle Faktoren (mikrosoziologischer Erklärungsansatz), die Faktoren des sozialen Kontexts und deren Deutung (sozialpsychologischer Erklärungsansatz) in ganz erheblichem Ausmaß über die individuelle Wahlbeteiligung entscheiden (vgl. Schäfer 2011, S. 145 f.). Für unsere Untersuchung heißt das, die soziale Herkunft bestimmt maßgeblich, ob und wie stark die Impulse für eine Wahlbeteiligung, beispielsweise durch Gespräche im Elternhaus oder mit Freund\_innen, ausfallen (vgl. die **ABBILDUNGEN 27 UND 28** unten auf den Seiten 52 und 53).

Wir beginnen jedoch mit der Frage, wie sich der angestrebte Bildungsabschluss auf die Wahlbeteiligung auswirkt (**ABBILDUNG 24 AUF SEITE 49**).

Das Bildungsziel von Schüler\_innen hat starken Einfluss darauf, ob eine Beteiligung stattfindet. Dies zeigt ein Vergleich der beiden größten Gruppen innerhalb der Stichprobe. Unter Jugendlichen, die sich in einer Berufsausbildung befinden, beträgt der Nichtwähler\_innenanteil knapp 44 %, unter solchen, die ein Studium anstreben, dagegen nur etwas mehr als 10 %.

Bei der Einkommensverteilung zeigt sich eine Zweiteilung. Bei Jugendlichen aus Haushalten der beiden unteren Einkommensklassen fällt die Wahlbeteiligung deutlich geringer aus als unter solchen, die aus den beiden höheren Einkommensklassen kommen. Ein interessanter Aspekt ist dabei, dass der



**ABB. 27 Häufigkeit politischer Diskussionen im Elternhaus und Wahlbeteiligung**

Nichtwähler\_innenanteil in der höchsten Einkommensklasse wieder geringfügig ansteigt.

Die Frage, ob ein\_e Schüler\_in engagiert ist, hat ebenfalls Einfluss darauf, ob eine Teilnahme an Wahlen stattfindet oder nicht. Ein Blick auf **ABBILDUNG 29** bestätigt den naheliegenden Verdacht, dass Jugendliche, die sich engagieren, häufiger wählen als solche, die nicht engagiert sind.

Die Bedeutung, die Schüler\_innen dem Politikunterricht für ihre politischen Kenntnisse zuschreiben, übt dagegen keinen Einfluss auf die Wahlbeteiligung aus.

Ein Vergleich der Schüler\_innen, die von einer/einem Lehrer\_in mit einer politikdidaktischen Ausbildung unterrichtet werden (26,7 % Nichtwähler\_innen), mit solchen, die von Lehrer\_innen ohne eine entsprechende Ausbildung unterrichtet werden (29,5 % Nichtwähler\_innen), zeigt, dass dieser Faktor nur geringen Einfluss nimmt.

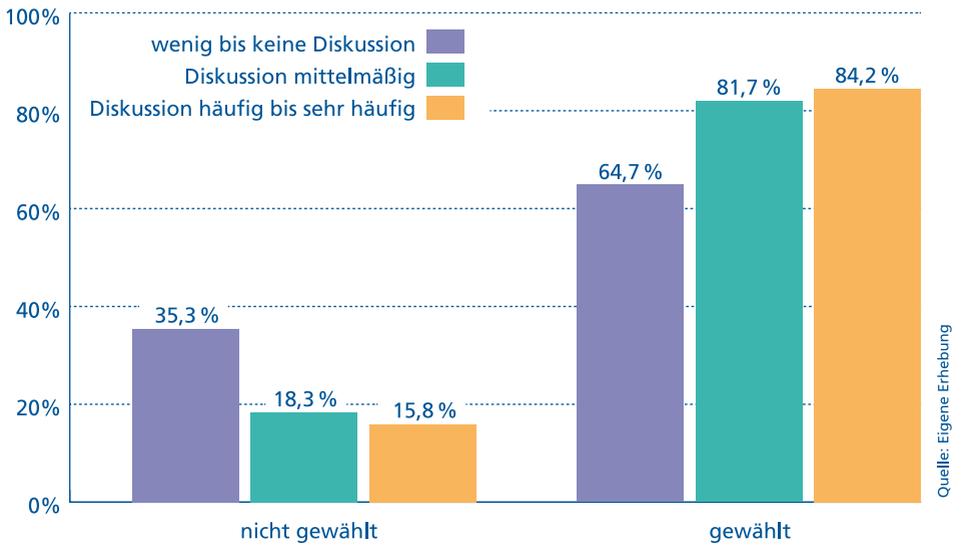


ABB. 28 Häufigkeit politischer Diskussionen im Freundeskreis und Wahlbeteiligung

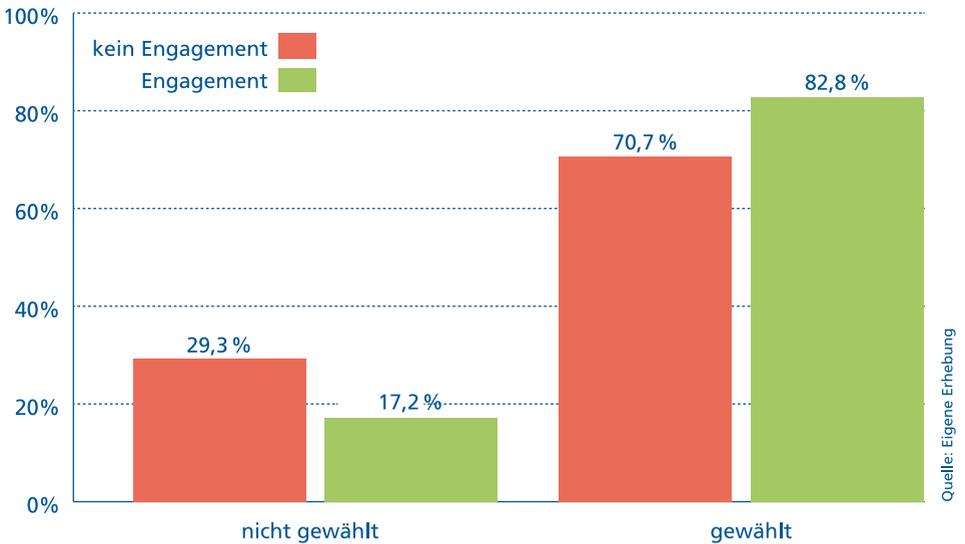
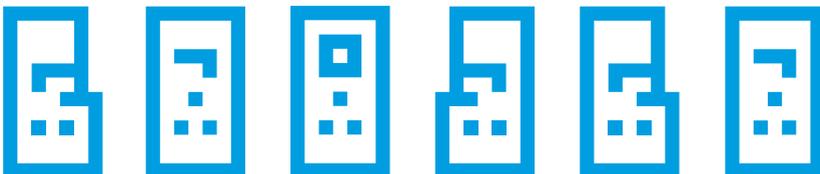
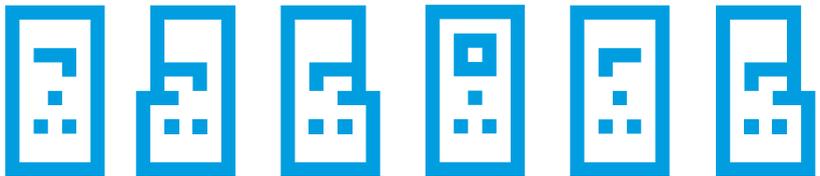
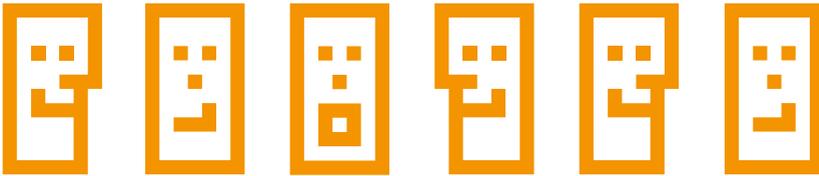
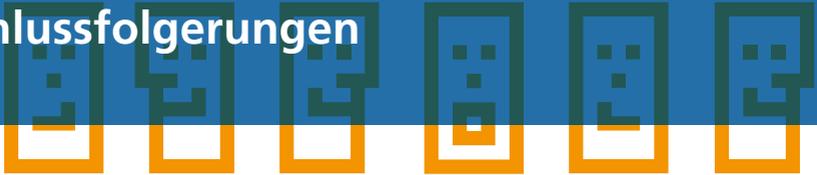
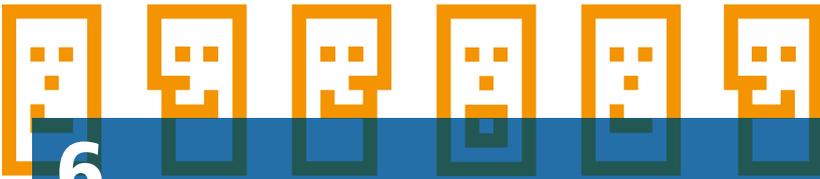


ABB. 29 Engagement und Wahlbeteiligung

6

## Schlussfolgerungen



Die empirischen Analysen der Abschnitte 3.3 und 5.1 bis 5.3 haben gezeigt, dass eine Vielzahl von Faktoren dafür verantwortlich sein kann, ob Jugendliche zu einem gesellschaftlichen bzw. politischen Engagement motiviert werden. Das gilt auch für die Frage der Wahlbeteiligung. Entsprechende Zusammenhänge lassen sich für einzelne Faktoren feststellen. Eine Betrachtung dieser Faktoren insgesamt legt jedoch nahe, dass bestimmte Kausalitäten existieren. Zum einen konnten Zusammenhänge zwischen dem sozialen Hintergrund des Elternhauses und der Partizipationsbereitschaft von Schüler\_innen festgestellt werden. Es kommt hinzu, dass dieser Hintergrund anderen Bestimmungsfaktoren der Partizipationsbereitschaft vorgelagert ist. Das gilt insbesondere für die Wahl des Bildungsganges. Ein hoher Bildungsstatus des Elternhauses und eine gute Einkommenssituation führen zu einem Umfeld, das sich positiv auf das Politikinteresse sowie die Partizipation und die Partizipationsbereitschaft junger Menschen auswirkt.

Das soziale Verhalten und die Gesprächsgewohnheiten des familiären Kontextes und des Freundeskreises üben einen erheblichen Einfluss aus: Häufige Gespräche mit politischem Inhalt im direkten persönlichen Umfeld führen zu einer höheren Wahlbeteiligung und zu einem häufigeren politischen oder gesellschaftlichen Engagement. Auch für die Häufigkeit solcher Gespräche gibt es Auslöser. Es liegt auf der Hand, dass wiederum die Faktoren des sozialen Standortes eine Rolle spielen, nämlich der berufliche Hintergrund und die Einkommenssituation des Elternhauses. Diese wirken sich auch erkennbar darauf aus, welche Bildungskarriere ein junger Mensch wählt. Das Bildungsziel und die besuchte Schulform wirken sich in spezifischer Weise auf das Verhalten der Schüler\_innen aus: Formal höhere Bildungsgänge und Bildungsziele führen zu einer gesteigerten Partizipationsbereitschaft und in der Folge zu einer höheren Partizipation. Es kann zwar kein Automatismus unterstellt werden, aber dass Jugendliche aus höheren sozialen Schichten und mit sozial höheren Bildungszielen (Studium) *häufiger* zu einem Engagement neigen als solche aus niedrigeren Schichten und solche mit mittleren Bildungszielen (Berufsausbildung), konnte bestätigt werden.

Die Auswertung der Daten liefert zudem Indizien dafür, dass der Politikunterricht die Partizipationsbereitschaft Jugendlicher und junger Erwachsener erhöht. Das gilt insbesondere für Schüler\_innen, die eine große Distanz gegenüber dem „Lebensbereich Politik“ aufzeigen. Diese stammen überdurchschnittlich häufig aus Elternhäusern unterhalb der mittleren sozialen Schichtung. Da Angehörige dieser Gruppe seltener ein Studium anstreben, besteht an Berufsschulen ein Anknüpfungspunkt zusätzlichen Politikunter-

rechts, mit dem Ziel, eine Partizipationsförderung zu implementieren. Das scheint auch für andere Schulformen, die formal unterhalb der gymnasialen Oberstufe angesiedelt sind, sinnvoll. Zugespitzt lassen sich die für die politische Bildung wichtigsten Erkenntnisse wie folgt zusammenfassen:

Schüler\_innen, die ein hohes Maß an Partizipationsbereitschaft aufweisen, suchen aktiv nach politischen Informationen. Für diese Gruppe weist der Politikunterricht als Impulsgeber für eine politische Beteiligung eine eher nachrangige Bedeutung auf.

Bei jungen Menschen, die einer Partizipation distanziert gegenüberstehen, ist es genau umgekehrt. Sie setzen sich häufig *nur* im Politikunterricht mit politischen Fragen auseinander. Angehörige dieser Gruppe können oftmals lediglich durch politische Bildung für eine politische Beteiligung gewonnen werden, da aus ihrem sozialen Umfeld nur wenige Impulse für eine solche kommen.

Diese Erkenntnisse unterstreichen, dass eine politische Diskussion über den Stellenwert und die Ausrichtung des Politikunterrichts in Schulen und die öffentlich organisierte und finanzierte politische Bildung insgesamt notwendig ist.

Eine solche Diskussion zu eröffnen scheint vor dem Hintergrund der aktuellen Ausrichtung des deutschen Bildungssystems jedoch schwierig. Dieses zielt verstärkt darauf ab, Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die unmittelbar am Arbeitsmarkt verwertbar sind (vgl. Scherer 2005). Impulse für ein politisches oder gesellschaftliches Engagement haben dabei keine Priorität.

Gerade in Zeiten einer nachlassenden Integrationswirkung zivilgesellschaftlicher Organisationen und sich abschwächender politischer Bindungen innerhalb der familiären Sozialisationsstrukturen bestünde aber die Notwendigkeit, die Rolle der politischen Bildung verstärkt zu diskutieren. Kann die politische Bildung Probleme behandeln, die durch diese gesellschaftlichen Veränderungen entstehen? Welche Konzepte der politischen Bildung sind unter den Bedingungen einer pluralistischen Gesellschaft mit sehr unterschiedlichen Interessen geeignet, um auf diese Entwicklungen zu reagieren?

Quantitative Analysen können nur bedingt Aufschluss über die Wirkung einzelner Aspekte des Politikunterrichts geben (beispielsweise die im Unterricht angewendeten Methoden, den Umfang des Politikunterrichts oder

den Ausbildungsstand der Lehrkräfte). Für entsprechende Nachweise wäre eine qualitativ-vergleichende Analyse notwendig. Diese sollte einen Vergleich zwischen Schulen verschiedener Bundesländer sowie zwischen städtischen Schulen und Schulen aus ländlichen Bereichen enthalten. Im Idealfall würde diese Untersuchung durch eine quantitative Erhebung mit einer höheren Fallzahl begleitet und ergänzt. Qualitative Aspekte einer solchen Untersuchung könnten die Aussagequalität über die Wirkungszusammenhänge und die Anordnung der Variablen verbessern.<sup>10</sup>

Mit der Datenbasis dieser Studie konnte aufgezeigt werden, wo besonderer Handlungsbedarf für die politische Bildung besteht: Zusätzlicher Politikunterricht, der eine höhere Partizipation zum Ziel hat, ist insbesondere in Schulformen und Bildungsgängen notwendig, die nicht zu akademischen Abschlüssen führen.

---

10 Zusammenhänge können zwar festgestellt werden, anders sieht es bei der Frage nach Ursache und Wirkung aus. Ob zum Beispiel ein Engagement eher dazu führt, dass Jugendliche unter Gleichgesinnten Freunde gewinnen und politische Diskussionen führen, oder ob die Diskussionen zu einem Engagement führen, kann ohne eine qualitative Zusatzuntersuchung nicht abschließend geklärt werden.

# Literatur

- Alemann von, U. & Wessels, B. (1997). Verbände in vergleichender Perspektive. Berlin: Edition Sigma.
- Arzheimer, K. (2006). Jung, dynamisch, Nichtwähler? Der Einfluss von Lebensalter und Kohortenzugehörigkeit auf die Wahlbereitschaft. In: E. Roller, F. Brettschneider & J. van Deth (Hrsg.), Jugend und Politik: „Voll normal!“ Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung (S. 317–335). Wiesbaden: VS-Verlag.
- Backhaus, K., Moegeling, K. & Rosenkranz, S. (2008). Kompetenzorientierung im Politikunterricht. Kompetenzen, Standards, Indikatoren in der politischen Bildung der Schulen. Baltmannsweiler: Schneider Verlag.
- Beck, G. (1973). Autorität im Vorschulalter: eine soziologische Untersuchung zur politischen Sozialisation in der Familie. Weinheim.
- Becker, R., Mays, A. (2003). Soziale Herkunft, politische Sozialisation und Wählen im Lebenslauf. In Politische Vierteljahresschrift. Heft 1/ 2003, S. 19–40.
- Becker, R. & Lauterbach, W. (2010). Bildung als Privileg – Ursachen, Mechanismen, Prozesse und Wirkungen dauerhafter Bildungsungleichheiten. In: R. Becker & W. Lauterbach (Hrsg.), Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit (S. 11–49). Wiesbaden: VS-Verlag.
- Bernauer, T., Jahn, D., Kuhn, P. & Walter, S. (2009). Einführung in die Politikwissenschaft. Passau: Nomos.
- Hörner, W., Drinck, B. & Jobst, S. (2010). Bildung, Erziehung, Sozialisation. Opladen: Budrich.
- Bryman, A. (2012). Social Research Methods. New York: Oxford University Press.
- Bürklin, W. & Klein, M. (1998): Wahlen und Wählerverhalten. Opladen: Leske + Budrich.
- Campbell, A., Gurin, G. & Miller, W. (1954/1971). The Voter Decides. Evanston: Greenwood Press.
- Crouch, C. (2008). Postdemokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Gille, M., Krüger, W. & de Rijke, J. (2000). Politische Orientierungen. In: M. Gille & W. Krüger (Hrsg.), Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen [sic!] im vereinten Deutschland (S. 205–266). Opladen: Leske + Budrich.
- Dalton, R., J. (2002). The Decline of Party Identifications. In: R. J. Dalton & M. P. Wattenberg. (Hrsg.), Parties without Partisans (S. 19–36). Oxford / New York: Oxford University Press.
- Easton, D. (1965). A Systems Analysis of Political Life .New York: John Wiley.
- Fend, Helmut (2005). Entwicklungspsychologie des Jugendalters. Opladen: Leske + Budrich.

- Hardmeier, S. (1995). Die schweizerische Partizipationsforschung im Lichte aktueller theoretischer Zugänge und Debatten im Ausland. Ein Literaturbericht. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie Heft 1/1995: S. 131–154.
- Haus, M. (2011). Entpolitierte Zivilgesellschaft? Engagement und politische Partizipation. In: Widmaier, B. & Nonnenmacher F. (Hrsg.). Partizipation als Bildungsziel – Politische Aktion in der politischen Bildung (S. 17–30). Schwalbach: Wochenschau-Verlag.
- Himmelmann, G. (2002). Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr und Studienbuch. Schwalbach: Wochenschau-Verlag.
- Hopf, C. & Hopf, W. (1997). Familie, Persönlichkeit, Politik. Eine Einführung in die politische Sozialisation. Weinheim & München: Juventa.
- Hurrelmann, K.; Albert, M. (2002). Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus, Deutsche Shell (Hrsg.). Frankfurt a. M.: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Hurrelmann, K. (2010). Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. Weinheim / München: Juventa.
- Kaspar, H. & Falter, J. W. (2007). Entstehung neuer Konfliktlinien: Geschlechterkonflikt und Alterskonflikt? In: Rattinger, H., Gabriel, O. W. & Falter J. W. (Hrsg.). Der Gesamtdeutsche Wähler (S. 113–140). Baden-Baden: Nomos-Verlag.
- Klein, M., Alemann, U. von & Spier T. (2009). Warum brauchen die Parteien Mitglieder? In: Spier T., Klein, M., Alemann, U. von, Hoffmann, H., Laux, A., Nonnenmacher, A. & Rohrbach, K., (Hrsg.). Parteimitglieder in Deutschland (S. 19–29). Wiesbaden: VS-Verlag.
- Kunz, V. & Gabriel, O. (1999). Soziale Integration und politische Partizipation. In: U. Druwe et al. (Hrsg). Kontext, Akteur und strategische Interaktion (S. 47–74). Opladen: Leske + Budrich.
- Lange, D. (2008). Bürgerbewusstsein. Sinnbilder und Sinnbildungen in der Politischen Bildung. In: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, Heft 3/2008, S. 431–439.
- Lange, D., Onken, H. & Slopinski, A. (2012). Bürgerbewusstsein Jugendlicher und junger Erwachsener – Auswirkungen sozialer und sozialpsychologischer Faktoren. In: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik. Heft 2/2012, S. 169–178.
- Lazarsfeld, P., Berelson, B. & Gaudet, H. (1944). The people's Choice. How the Voter makes up his Mind in a Presidential Campaign. New York: Columbia University Press.
- Lösch, B. (2011). Keine Demokratie ohne Partizipation: Aktive Bürgerinnen und Bürger als Ziel der politischen Bildung. In: Widmaier, B. & Nonnenmacher, F. (Hrsg.). Partizipation als Bildungsziel – Politische Aktion in der politischen Bildung (S. 111–125). Schwalbach: Wochenschau-Verlag.
- Niedermayer, O. (2006). Jugend und Parteien. In: Roller, E., Brettschneider, F. & van Deth, J. (Hrsg.), Jugend und Politik: „Voll normal!“ Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung (S. 270–289). Wiesbaden: VS-Verlag.
- Nohlen, D. (2009). Wahlrecht und Parteiensystem. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Scherb, A. (2011): Der Pragmatismus – konzeptionelle Basis zur Förderung prozeduraler Demokratiekompetenz. In: Widmaier, B., Nonnenmacher, F. (Hrsg.). Partizipation als Bildungsziel – Politische Aktion in der politischen Bildung (S. 147–159). Schwalbach: Wochenschau-Verlag.

- Oswald, H. & Uhlendorff, H. (2008). Die Gleichaltrigen. In: Silbereisen, K. & Hasselhorn, M. (Hrsg.), *Entwicklungspsychologie des Jugendalters. Enzyklopädie der Psychologie, Band 5* (S. 189–228). Göttingen/Bern/Toronto/Seattle: Hogrefe.
- Reinders, H. (2001). *Politische Sozialisation Jugendlicher in der Nachwendezeit*. Opladen: Leske + Budrich.
- Reinhardt, S. & Tillmann, F. (2002). Politische Orientierungen, Beteiligungsformen und Wertorientierungen. In: H.-H. Krüger et al. (Hrsg.), *Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand* (S. 43–74). Opladen: Leske + Budrich.
- Sartori, G. (1992). *Demokratietheorie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Scherer, S. (2005): Patterns of Labour Market Entry – Long Wait or Career Instability? An Empirical Comparison of Italy, Great Britain and West Germany. In: *European Sociological Review* 21, S. 427–440.
- Schäfer, A. (2011). Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie. In: Bytzek, E. & Roßteutscher S. (Hrsg.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen* (S. 133–156). Frankfurt: Campus-Verlag.
- Schmid, C. (2004). *Politisches Interesse von Jugendlichen: eine Längsschnittuntersuchung zum Einfluss von Eltern, Gleichaltrigen, Massenmedien und Schulunterricht*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Schneekloth, U. (2010). *Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven*. In: Shell Deutschland (Hrsg.), *Jugend 2010* (S. 129–164). Frankfurt am Main: Fischer.
- Schneider, H. (1995). Politische Partizipation – Zwischen Krise und Wandel. In: U. Hoffmann-Lange (Hrsg.), *Jugend und Demokratie in Deutschland* (S. 275–335). Opladen: Leske + Budrich.
- Schnidt, M. (1995). *Demokratietheorien*, Opladen: Leske + Budrich.
- Widmaier, B. & Nonnenmacher, F. (Hrsg.), (2011). *Partizipation als Bildungsziel – Politische Aktion in der politischen Bildung*. Schwalbach: Wochenschau-Verlag.

# Anhang

## I) Fragebogen

### a) Fragen zur Indexbildung „Individueller Indikator zur politischen Partizipation von Jugendlichen“

(siehe auch die Erläuterungen oben im Abschnitt 4.)

**Wie stark interessieren Sie sich für Politik?** Bitte ankreuzen!

Gar nicht

Sehr stark

Weiß nicht

1

2

3

4

5

Keine

Angabe

**Halten Sie es für wichtig, sich an Wahlen zu beteiligen?** Bitte ankreuzen!

Nein, wählen ist  
Zeitverschwendung

Ja, sehr  
wichtig

Weiß nicht

1

2

3

4

5

Keine

Angabe

**Können Sie sich vorstellen, sich in Zukunft gesellschaftlich oder politisch zu engagieren?** Bitte ankreuzen!

Nein, das kostet  
nur Zeit

Ja,  
unbedingt

Weiß nicht

1

2

3

4

5

Keine

Angabe

### b) Fragen zur Demographie und zum sozialstrukturellen Hintergrund

**Sind Sie...?**  männlich  weiblich

**Wie alt sind Sie .....**?

**Welcher Kategorie würden Sie Ihr Elternhaus zuordnen? Bitte ankreuzen!\***

- |   |  |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Arbeiterhaushalt | <input type="checkbox"/> Selbständigenhaushalt |
| <input type="checkbox"/> Beamtenhaushalt  | <input type="checkbox"/> Angestelltenhaushalt  |
| <input type="checkbox"/> Weiß nicht       | <input type="checkbox"/> Keine Angabe          |
- Sonstiges .....

**Welcher Kategorie fühlen Sie sich zugehörig? Bitte ankreuzen!**

- |  |   |  |
|--|---|--|
| <input type="checkbox"/> Unterschicht        | <input type="checkbox"/> Untere Mittelschicht | <input type="checkbox"/> Mittelschicht |
| <input type="checkbox"/> Obere Mittelschicht | <input type="checkbox"/> Oberschicht          |  |
| <input type="checkbox"/> Weiß nicht          | <input type="checkbox"/> Keine Angabe         |  |

**Wie hoch schätzen Sie das monatliche Nettoeinkommen des Haushalts, in dem Sie leben?**

- |   |   |                                       |
|---|---|---------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Unter 1000 Euro          | <input type="checkbox"/> 1000 bis unter 2000 Euro | <input type="checkbox"/> Weiß nicht   |
| <input type="checkbox"/> 2000 bis unter 3000 Euro | <input type="checkbox"/> 3000 Euro und mehr       | <input type="checkbox"/> Keine Angabe |

**c) Fragen zum Informationsverhalten und sozialpsychologische Kontextvariablen**

**Wie oft wird in Ihrem Elternhaus über Politik diskutiert?**

*Bitte ankreuzen!*

- Gar nicht 3 4 5 Sehr häufig  Weiß nicht
- 1  2  3  4  5  Keine Angabe

**Wie häufig wird in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis über Politik diskutiert?**

*Bitte ankreuzen!*

- Gar nicht 3 4 5 Sehr häufig  Weiß nicht
- 1  2  3  4  5  Keine Angabe

**Was würden Sie sagen, wie gut kennen Sie sich mit den Institutionen des Politischen Systems in Deutschland aus? Bitte ankreuzen!**

- Gar nicht 3 4 5 Sehr gut  Weiß nicht
- 1  2  3  4  5  Keine Angabe

**Wie stark verfolgen Sie die aktuelle politische Entwicklung? Bitte ankreuzen!**

Gar nicht

Sehr stark

Weiß nicht

1

2

3

4

5

Keine Angabe

**Was sind die wichtigsten Quellen, über die Sie sich über Politik informieren? (bitte maximal drei Antwortmöglichkeiten ankreuzen)**

Fernsehen

Internetseiten

Schulunterricht

Internet-Blogs

Tageszeitungen

Gespräche in der Familie

Gespräche mit Freunden

Sonstiges .....

Wie gesagt, ich interessiere mich nicht für Politik  Keine Angabe

**Wie wichtig ist der Politikunterricht in der Schule für Ihr Wissen über Politik?**

*Bitte ankreuzen!*

Überhaupt  
nicht wichtig

Sehr wichtig

Weiß nicht

1

2

3

4

5

Keine Angabe

**Welche Berufsausbildung streben Sie an?**

Ich befinde mich momentan in einer Berufsausbildung

Ich strebe eine berufliche Ausbildung an

Ein Studium an einer Fachhochschule

Ein Studium an einer Universität

Eine schulische Berufsausbildung

Weiß nicht

Sonstiges .....

Keine Angabe

#### d) Fragen zur Partizipation

**Engagieren Sie sich gesellschaftlich oder politisch? Z. B. in der Freiwilligen Feuerwehr, in der Kirche, in einer Partei, im Umweltschutz usw. Bitte ankreuzen!**

Nein

Ja, und zwar .....

Weiß nicht

Keine Angabe

**Waren Sie schon einmal berechtigt, an einer Wahl teilzunehmen?**

Bitte ankreuzen!

- |                                     |  |  |
|-------------------------------------|--|--|
| <input type="checkbox"/> Nein       | <input type="checkbox"/> Ja, aber ich habe nicht gewählt | <input type="checkbox"/> Ja, ich habe mich beteiligt |
| <input type="checkbox"/> Weiß nicht | <input type="checkbox"/> Keine Angabe                    |  |

**Welche Partei würden Sie wählen, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre?**

Bitte ankreuzen!

- |   |                                     |  |
|---|-------------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> Ich würde nicht wählen gehen | <input type="checkbox"/> Weiß nicht | <input type="checkbox"/> Keine Angabe  |
| <input type="checkbox"/> SPD                          | <input type="checkbox"/> CDU        | <input type="checkbox"/> B90/Grüne     |
| <input type="checkbox"/> FDP                          | <input type="checkbox"/> Die Linke  | <input type="checkbox"/> Piratenpartei |
| <input type="checkbox"/> Sonstiges .....              |                                     |  |

**e) Fragen zur Indexbildung – Unterstützung des politischen Systems und Systemzufriedenheit**

**Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie in Deutschland?**

Bitte ankreuzen!

- |                            |                            |                            |                                     |                            |                                       |
|----------------------------|----------------------------|----------------------------|-------------------------------------|----------------------------|---------------------------------------|
| Gar nicht zufrieden        |                            | Sehr zufrieden             | <input type="checkbox"/> Weiß nicht |                            |                                       |
| <input type="checkbox"/> 1 | <input type="checkbox"/> 2 | <input type="checkbox"/> 3 | <input type="checkbox"/> 4          | <input type="checkbox"/> 5 | <input type="checkbox"/> Keine Angabe |

**f) Fragen zu den persönlichen Zukunftsaussichten**

**Wie schätzen Sie Ihre persönlichen Perspektiven am Arbeitsmarkt ein?**

Bitte ankreuzen!

- |                            |                            |                            |                                     |                            |                                       |
|----------------------------|----------------------------|----------------------------|-------------------------------------|----------------------------|---------------------------------------|
| Positiv                    |                            | Negativ                    | <input type="checkbox"/> Weiß nicht |                            |                                       |
| <input type="checkbox"/> 1 | <input type="checkbox"/> 2 | <input type="checkbox"/> 3 | <input type="checkbox"/> 4          | <input type="checkbox"/> 5 | <input type="checkbox"/> Keine Angabe |

**g) Fragen zu politischen Themen, Aussagen und gesellschaftlichen Werten**

**Welche gesellschaftlichen Werte sind Ihnen besonders wichtig?**

(bitte maximal 2 Nennungen)

- |  |  |                                       |
|--|--|---------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Persönliche Freiheit  | <input type="checkbox"/> Innere Sicherheit | <input type="checkbox"/> Umweltschutz |
| <input type="checkbox"/> Soziale Gerechtigkeit | <input type="checkbox"/> Familie           | <input type="checkbox"/> Keine Angabe |

**Welche politischen Maßnahmen sollten Ihrer Ansicht nach unbedingt umgesetzt werden?** (Bitte kreuzen Sie maximal drei Maßnahmen an, die Ihnen wichtig sind!)

- Steuern senken, um die Wirtschaft anzukurbeln
- Mindestlöhne einführen
- Mit Steuergeldern Arbeitsplätze schaffen
- Bürokratie abbauen
- Den Staatshaushalt durch Sparen sanieren
- Den Klimaschutz stärken
- Die deutschen Soldaten aus Afghanistan abziehen
- Kriminalität stärker bekämpfen
- Zuwanderung stärker begrenzen
- Mehr Geld ins Bildungssystem
- Insgesamt investieren

**Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?**

(Bitte maximal 3 Möglichkeiten ankreuzen!)

- Umweltschutz sollte in Zukunft eine noch größere Rolle spielen
- Viele Probleme in Deutschland sind auf einen zu hohen Ausländeranteil zurückzuführen
- Im Großen und Ganzen geht es in Deutschland gerecht zu
- Die Parteien werden sich immer ähnlicher
- Meine Generation interessiert sich zu wenig für Politik
- In den letzten Jahren wurden die deutschen Interessen in der EU vernachlässigt
- Meine Stimme macht bei Wahlen keinen Unterschied

### **h) In der Auswertung berücksichtigte Fragen an die Lehrkräfte**

**Welche Schulform besuchen die Schüler und Schülerinnen der befragten Klasse beziehungsweise des befragten Kurses?**

- Gymnasiale Oberstufe     Berufsfachschule     Berufsschule
- Sonstiges .....
- Keine Angabe

**Haben Sie ein politikdidaktisch fachspezifisches Studium absolviert oder sich durch eine Zusatzausbildung für den Politikunterricht qualifiziert?**

- Ein politikdidaktisch-fachspezifisches Studium
- Eine Zusatzausbildung
- Sonstiges .....
- Keine Angabe
- Kommentar .....

**In welchem Umfang findet der Politikunterricht für den befragten Kurs statt?**

Wöchentlich für ..... Unterrichtsstunden

**Halten Sie den Zeitumfang, der für den Politikunterricht vorgesehen ist, für angemessen?**

- Nein, der Umfang ist zu gering
- Ja
- Nein, der Umfang ist zu groß
- Keine Angabe

## II) Anlage des Fragebogens

*Den Fragebögen wurden ergänzende Hinweise zur Durchführung der Befragung beigefügt. Diese richteten sich an die Lehrkräfte:*

Hinweise zur Durchführung der Befragung

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben, an dem Projekt „Politische Einstellungen und Perspektiven der politischen Partizipation von Jugendlichen“ mitzuarbeiten. Das Projekt wird von der Arbeitsgruppe Didaktik der Politischen Bildung der Leibniz Universität Hannover durchgeführt. Projektleiter ist Prof. Dr. Dirk Lange, das Projekt wird von Holger Onken koordiniert.

Die Befragung wird etwa 15–20 Minuten einer Unterrichtsstunde in Anspruch nehmen. Selbstverständlich sind wir verpflichtet, die Datenschutzbestimmungen einzuhalten. Die Wahrung der Anonymität der Befragten ist zudem aus Forschungsgründen wichtig. Auf diese Weise können sozial erwünschte Antworten weitgehend vermieden werden.

Unmittelbar vor Durchführung der Befragung wird folgende Vorgehensweise empfohlen:

Weisen Sie die Schülerinnen und Schüler bitte auf die Wissenschaftlichkeit der Befragung hin. Die Befragung wird in etwa 100 Schulklassen durchgeführt. Die erhobenen Daten sollen als Grundlage für mindestens eine Buchpublikation dienen.

Erläutern Sie unbedingt, dass die Teilnahme selbstverständlich freiwillig ist. Bei einer Teilnahme bleibt die Anonymität des Einzelnen gewahrt.

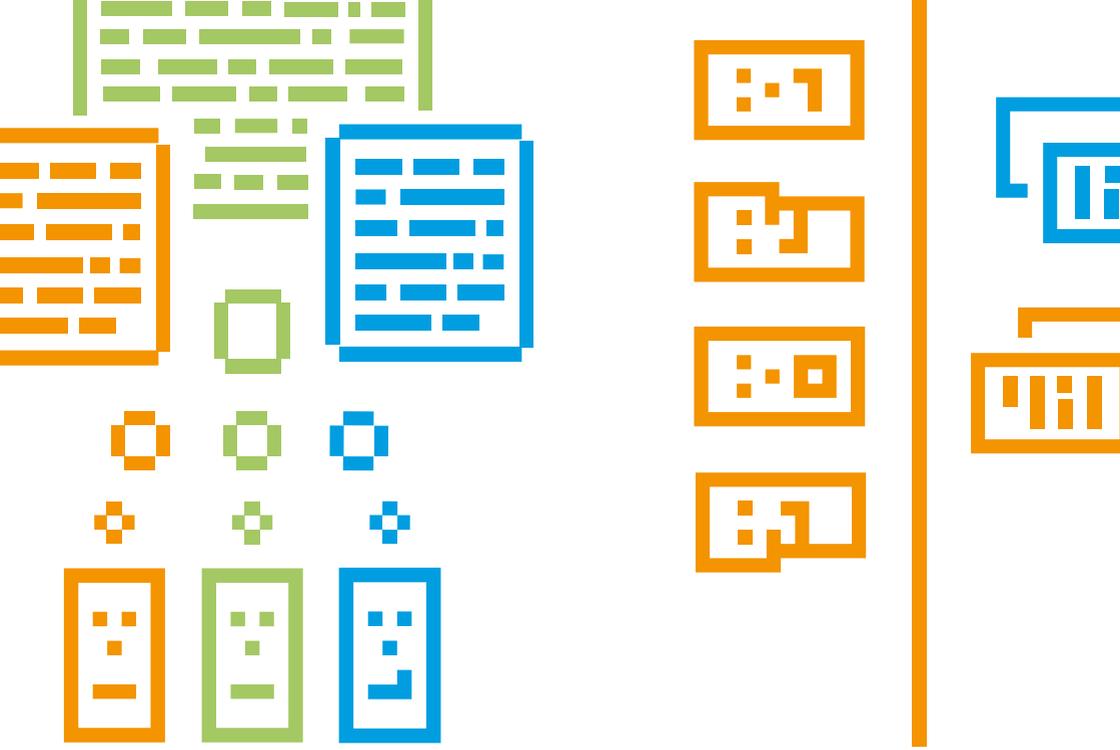
Nach dem Ausfüllen lassen Sie jeden einzelnen Schüler, jede einzelne Schülerin seinen/ihren Fragebogen in den frankierten Rücksendeumschlag stecken. Abschließend versiegeln Sie bitte den Umschlag.

Wir werden allen Beteiligten auf Wunsch einen kurzen Forschungsbericht als PDF-Datei zukommen lassen. Schreiben Sie hierzu bitte eine Mail. Empirische Arbeit benötigt jedoch Zeit, es kann daher etwas dauern, bis aussagekräftige Ergebnisse vorliegen.

# Abbildungen und Tabellen

<b>ABB. 1</b>	Intermediäres System des Staates	16
<b>ABB. 2</b>	Verteilung von Altersklassen innerhalb der Stichprobe	24
<b>ABB. 3</b>	Kausalmodell der Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation	27
<b>ABB. 4</b>	Studienabsicht nach Einkommensklassen	29
<b>ABB. 5</b>	Studienabsicht nach Haushaltsform	29
<b>ABB. 6</b>	Studienabsicht nach Schichtzugehörigkeit	29
<b>ABB. 7</b>	Bereitschaft zur politischen Partizipation und Ausbildungsziel	37
<b>ABB. 8</b>	Vergleich der Partizipationsbereitschaft von Schüler_innen mit beruflichem und akademischem Ausbildungsziel	38
<b>ABB. 9</b>	Bereitschaft zur politischen Partizipation nach Einkommensklassen	39
<b>ABB. 10</b>	Schichtzugehörigkeit und Bereitschaft zur politischen Partizipation	40
<b>ABB. 11</b>	Häufigkeit politischer Diskussionen im Elternhaus und Bereitschaft zur politischen Partizipation	41
<b>ABB. 12</b>	Häufigkeit politischer Diskussionen im Freundeskreis und Bereitschaft zur politischen Partizipation	42
<b>TAB. 1</b>	Partizipationsbereitschaft und wichtige Quellen für politische Informationen	42
<b>ABB. 13</b>	Umfang des Politikunterrichts und Partizipationsbereitschaft	43
<b>ABB. 14</b>	Einschätzung der Lehrkräfte über den Umfang des Politikunterrichts und Partizipationsbereitschaft	44
<b>TAB. 2</b>	Partizipationsbereitschaft und Zustimmung zu politischen Aussagen	45

<b>ABB. 15</b>	Bildungsziel und Engagement . . . . .	46
<b>ABB. 16</b>	Bildungsziel und Einschätzung der Bedeutung einer Teilnahme an Wahlen . . . . .	47
<b>ABB. 17</b>	Haushaltseinkommen und Engagement . . . . .	48
<b>ABB. 18</b>	Soziale Schicht und Engagement . . . . .	48
<b>ABB. 19</b>	Häufigkeit politischer Diskussionen im Elternhaus und Engagement . . . . .	49
<b>ABB. 20</b>	Häufigkeit politischer Diskussionen im Freundeskreis und Engagement . . . . .	49
<b>ABB. 21</b>	Umfang des Politikunterrichts und Engagement . . . . .	50
<b>ABB. 22</b>	Umfang des Politikunterrichts und die Einschätzung der Bedeutung einer Teilnahme an Wahlen . . . . .	50
<b>ABB. 23</b>	Geschlecht und Wahlbeteiligung . . . . .	51
<b>ABB. 24</b>	Angestrebter Bildungsabschluss und Wahlbeteiligung . . . . .	52
<b>ABB. 25</b>	Einkommen und Wahlbeteiligung . . . . .	53
<b>TAB. 3</b>	Wahlbeteiligung nach Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2009 . . . . .	53
<b>ABB. 26</b>	Soziale Schicht und Wahlbeteiligung . . . . .	54
<b>ABB. 27</b>	Häufigkeit politischer Diskussionen im Elternhaus und Wahlbeteiligung . . . . .	55
<b>ABB. 28</b>	Häufigkeit politischer Diskussionen im Freundeskreis und Wahlbeteiligung . . . . .	56
<b>ABB. 29</b>	Engagement und Wahlbeteiligung . . . . .	56



ISBN 978-3-86498-585-0

